Stadt
Luzern
Grosser Stadtrat

Vom Grossen Stadtrat genehmigt am 30. Januar 2014

Protokoll Nr. 18

über die Verhandlungen des Grossen Stadtrates von Luzern Donnerstag, 28. November 2013, 13.30–17.00 Uhr im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:
Ratspräsident Thomas Gmür

Präsenz:
Es sind alle Ratsmitglieder anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Verhandlungsgegenstände

		Seite
1.	Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2.	Genehmigung des Protokolls 15 vom 26. September 2013	4
3.	Bericht und Antrag 17/2013 vom 18. September 2013: **Gesamtplanung 2014–2018**	5
4.	Bericht und Antrag 13/2013 vom 18. September 2013: **Voranschlag 2014**	19
5.	Dringliche Motion 123, Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 17. Oktober 2013: **Aktienverkäufe von mehr als 10 % resp. bei Verlust der Mehrheitsbeteiligung dem fakultativen Referendum unterstellen**	31
–	Dringliches Postulat 135, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: **Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier**	35
6.	Motion 32, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 10. Januar 2013: **Die Stadt braucht eine neue Schuldenbremse**	35
7.	Beschlussesantrag 111, Daniel Wettstein und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion, vom 22. August 2013: **Schaffung einer ständigen parlamentarischen Kommission „Verkehr"**	40

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Telefax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

Eingänge

1. Einladung zur 18. Sitzung des Grossen Stadtrates vom 28. November 2013
2. Einladung zur 6. Sitzung der Verkehrskommission vom 5. Dezember 2013
3. Protokoll 5 Verkehrskommission vom 12. September 2013
4. Protokoll 14 Geschäftsprüfungskommission vom 7. November 2013
5. Bericht und Antrag 26/2013 vom 6. November 2013: „Gesamterneuerung Hirschmatt“
6. Postulat 133, Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 12. November 2013: „Öffnungszeiten Sammelstellen mit Niederflursystem“
7. Postulat 134, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion sowie Sonja Döbeli Stirnemann, vom 13. November 2013: „Solaranlagen vor extensiver Begrünung“
8. Dringliches Postulat 135, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: „Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier“
9. Interpellation 136, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: „Energieberatung für alle oder exklusiv nur für wenige?“
10. Motion 137, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion sowie Daniel Wettstein namens der FDP-Fraktion, vom 14. November 2013: „Errichtung eines Landkreditkontos für die Stadt Luzern“
11. Dringliche Interpellation 138, Laura Kopp und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013: „Aktuelle Abschreibungspraxis der Stadt Luzern“
12. Dringliche Motion 139, Jules Gut und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013: „Auslagerung HAS: Reduktion des Investitionsplafonds“
13. Postulat 140, Laura Kopp und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013: „Selbstfinanzierungsgrad“

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Thomas Gmür begrüsst alle zur 18. Sitzung des Grossen Stadtrats. Er macht darauf aufmerksam, dass das WLAN im Ratssaal optimiert wurde. Falls es Störungen gibt, soll man das bitte der Ratsweibelin mitteilen.
Vor dem Sprechenden steht der goldene Lollipop, welchen das Kinderparlament dem Grossen Stadtrat verliehen hat, weil er die Schliessung der Bibliothek Ruopigen verhinderte. Die Ratsweibelin wird jetzt allen Ratsmitgliedern einen kleinen Lollipop verteilen. Der Grosse Stadtrat erhielt den goldenen Lollipop, der Stadtrat hatte weniger Glück: ihm wurde eine halbe saure Zitrone überreicht.
Der Sprechende begrüsst von „20 Minuten" Frau Zéline Odermatt, und von Tele 1 Herrn Lars Gotsch. Sie werden vor allem während der Debatte zur Gesamtplanung und zum Budget Fotos und Filmaufnahmen machen.
Es wurden vier dringliche Vorstösse eingereicht.
Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit folgender drei Vorstösse nicht:

- Dringliche Motion 129, Rieska Dommann und Sonja Döbeli Stirnemann namens der FDP-Fraktion sowie Urs Zimmermann und Joseph Schärli namens der SVP-Fraktion, vom 8. November 2013: Partizipative Begleitung Industriestrasse auch im Parlament
- Dringliches Postulat 135, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier
- Dringliche Motion 139, Jules Gut und Laura Kopp namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013: Auslagerung HAS: Reduktion des Investitionsplafonds

Auch der Grosse Stadtrat opponiert der dringlichen Behandlung dieser drei Vorstösse nicht.

Ratspräsident Thomas Gmür: Somit werden die dringlichen Motionen 129 (Partizipative Begleitung Industriestrasse auch im Parlament) und 139 (Auslagerung HAS: Reduktion des Investitionsplafonds) an der Sitzung vom 19. Dezember behandelt, das dringliche Postulat 135 (Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier) an der heutigen Sitzung nach Traktandum 5.
Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit des folgenden Vorstosses:
Dringliche Interpellation 138, Laura Kopp und Jules Gut namens der GLP-Fraktion, vom 15. November 2013: Aktuelle Abschreibungspraxis der Stadt Luzern

Laura Kopp: Für die GLP-Fraktion wären die Antworten grundsätzlich sehr wichtig, gerade im Hinblick auf die Behandlung des Voranschlags. Die Fraktion hält aber nicht an der Dringlichkeit fest.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der Dringlichkeit der Interpellation 138 fest.

Ratspräsident Thomas Gmür bittet die Mitglieder der Geschäftsleitung, zu Beginn der Pause kurz zu ihm zu kommen, um einen Termin für die nächste Geschäftsleitungssitzung abzumachen. Vorgeschlagen wird der 30. Januar 2014, eine Stunde vor Beginn der Ratssitzung.
Es liegt ein Buch auf, „Zivilschutz in der Stadt Luzern". Erschienen ist es in der Reihe „Luzern im Wandel der Zeiten". Wer dieses Buch gern möchte, kann es bei der Ratsweibelin bestellen.

2. Genehmigung des Protokolls 15 vom 26. September 2013

Myriam Barsuglia wünscht folgende Änderungen in ihren Voten auf den Seiten 64 und 67:

Seite 64

Myriam Barsuglia möchte festhalten, dass es in der Motion nicht um ein ~~vereinskulturelles~~ rein kulturelles Anliegen geht. Es ist vor allem ein wirtschaftliches Anliegen. Im Vordergrund stehen bei dieser Motion Räume für Kultur und Kreativ-Wirtschaft**.** Oder Raum für Geld und Geist, um es anders auszudrücken. Auch wenn Zwischennutzungen dabei ein wichtiger Aspekt sind, sind sie nicht das Hauptthema der Motion, sondern der generelle Bedarf nach günstigen Arbeitsräumen. Räume, welche auch längerfristig verfügbar sind. Denn auch Kultur- und Kreativschaffende, welche besonders auf günstige Arbeitsräume angewiesen sind, brauchen eine gewisse Planungssicherheit, wie alle anderen selbstständig ~~erwerbenden Klein- und Grossunternehmer~~ Erwerbenden, kleinen und grossen Unternehmen auch. Günstige Arbeitsräume, ob kurz- oder längerfristig verfügbar, stellen ein genauso berechtigtes Anliegen dar, wie grosse zusammenhängende Dienstleistungsflächen – oder auch günstiger Wohnraum. Schliesslich sollen unsere kreativen und innovativen Köpfe, welche man hier auch ausbildet, nicht nur in der Stadt Luzern wohnen, sondern auch arbeiten können. Dazu braucht es Massnahmen auf verschiedensten Ebenen. Günstiger Raum ist sicher eine wichtige Voraussetzung, um die Innovationskraft der Stadt Luzern zu erhöhen und eine glaubwürdige „Creative City" zu werden, wie es von der Stadt angestrebt wird. Darum sollte es aus Sicht der GLP möglich sein, auch günstige Arbeitsräume zu sichern. Dazu gibt es zwei wichtige Hebel, welche die Stadt selber in der Hand hat: Nämlich die Abgabe im Baurecht bei eigenen Grundstücken, oder die Gewährung von Ausnützungsbonis bei Gestaltungsplänen – unter der Voraussetzung, dass ein gewisser Anteil an ~~flexiblen~~ flexibel nutzbaren Räumen geschaffen wird. Unter anderem als günstige Arbeitsräume, wenn Bedarf besteht. Mit etwas Glück werden wir dazu auch bald eine Plattform haben, welche solche Räume vermitteln wird. Deshalb der Begriff der Motion „Raumpotenzial für Kultur und Kreativschaffende" im Titel. Auch wenn der zweite Teil des Titels: „...nicht nur prüfen, sondern auch sichern", vom Anliegen her keine Umwandlung in ein Postulat zulässt, ist die GLP sehr gespannt zu erfahren, welche weiteren Massnahmen der Stadtrat zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Betracht zieht. Und zwar nicht nur aus räumlich-baulicher Sicht, sondern auch in wirtschafts- und kulturpolitischer Hinsicht. Wir hoffen, dass die entsprechenden Überlegungen in die jeweiligen Geschäfte einfliessen werden.

Die GLP-Fraktion stimmt daher der Umwandlung in ein Postulat zu und hofft, dass es im Rat eine grosse Unterstützung findet.

Seite 67

Myriam Barsuglia möchte noch einmal betonen, dass es bei der Motion, oder eben beim Postulat in keiner Weise um irgendwelche Subventionen geht, welche viel kosten oder darum, die hohle Hand ~~ausstrecken sollte~~ auszustrecken. Es geht wirklich darum, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Unter anderem um Räume für Eigeninitiative, für Eigenleistungen von kreativen Erwerbstätigen und kleineren Unternehmen. Um auch die Schaffung neuer Dienstleistungen und Produkten zu ermöglichen. Das hat für die ~~SP/JUSO~~ GLP sehr viel auch mit Wertschätzung zu tun.

Das Protokoll 15 vom 26. September 2013 wird mit diesen Änderungen genehmigt.

3. Bericht und Antrag 17/2013 vom 18. September 2013: Gesamtplanung 2014–2018

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 7. November 2013 eine ausführliche Eintretensdebatte zur Gesamtplanung 2014–2018 geführt. Mit 6 : 5 Stimmen hat die GPK schlussendlich die Gesamtplanung 2014–2018 zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen. Für die Rückweisung gab es verschiedene Gründe, wobei der eine oder andere Grund bei einzelnen Fraktionen mehr gewichtet wurde als bei anderen. Die Finanzplanung war für die Mehrheit der Fraktionen zu wenig aktuell und zu wenig aussagekräftig bezüglich der geplanten Massnahmen zur Verbesserung der Planergebnisse. Diese Informationen wurden der GPK in der Sitzung vom 21. November zur Verfügung gestellt, und die GPK hat ausführlich darüber diskutiert. Weiter erachteten einige GPK-Mitglieder die Darstellung und den Aufbau der neuen Gesamtplanung als weniger gelungen als jene der bisherigen Gesamtplanung. Das Zielbild sowie die vier Leitsätze wurden zudem als zu wenig aussagekräftig erachtet, und auch inhaltlich wurden diese fünf Punkte kritisiert.
Die Minderheit der GPK wollte auf die Gesamtplanung eintreten. Die Gesamtplanung trägt nach der Auffassung dieser Minderheit die Handschrift des neuen Stadtrates und setzt neue Akzente in den richtigen Bereichen, besonders im Verkehr und dem Wohnen. Zudem sei die Gesamtplanung in einem aufwendigen Prozess in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entstanden, was es zu berücksichtigen und zu würdigen gelte.
Falls der Grosse Stadtrat dem Antrag der GPK auf Rückweisung zur Überarbeitung an den Stadtrat folgt, werden die Parteien bis Mitte Januar zu einer Vernehmlassung eingeladen. In einem Echoraum im April sollen der GPK die Ergebnisse vorgestellt werden. Die überarbeitete Gesamtplanung würde dann Oktober 2014 in der GPK behandelt.
Die GPK stellt zusätzlich zum Rückweisungsantrag den Antrag, dass die alte Gesamtplanung sinngemäss weitergelten soll, bis eine neue erarbeitet ist.

Sonja Döbeli Stirnemann: Die Gesamtplanung ist das Instrument, um die Richtung für die Stadt und die Stadtentwicklung vorzugeben. In der Privatwirtschaft nennt man dies „Strategie". Eine Strategie wird auf einer genauen Analyse aufgebaut, mit Fragen nach den eigenen Stärken und Schwächen und Fragen nach der Umwelt, den exogenen Faktoren und den Chancen. In den letztjährigen Gesamtplanungen der Stadt wurde dies transparent aufgezeigt und anhand der Nachhaltigkeitsdimensionen gewichtet. Das Resultat der Analyse zeigte, dass die Stadt im Bereich Wirtschaft eine Schwäche hat und daher dieser Punkt gezielt gestärkt werden muss. Ansonsten wird es der Stadt nicht mehr möglich sein, den Standard ihrer Leistungen über längere Zeit zu halten.
Eine Möglichkeit zur wirtschaftlichen Stärkung sieht die FDP-Fraktion in der raschen Entwicklung von Schlüsselarealen wie z. B. Steghof oder Pilatusplatz. Grosse zusammenhängende Büroflächen fehlen noch immer. Nur mit der Überbauung der SBB ist es nicht getan. Wenn man sieht, mit welcher Dynamik Zürich oder Zug wachsen, welche Finanzkraft dort zusammenkommt, dann erscheint Luzern dagegen als Waisenkind.
Auf der anderen Seite beansprucht die Stadt für sich beste Qualität, gesteigerte Leistungen, Leuchtturmprojekte usw. Die neue Gesamtplanung strotzt nur so von solchen Superlativen. Wie die Stadt diese Bestleistungen je bezahlen soll, das bleibt offen. Wieso der Stadtrat so stark oder schon fast ausschliesslich auf die Kreativwirtschaft setzt, ist für die FDP-Fraktion auch ein Rätsel. In der Stadt Luzern gibt es andere Schwerpunkte: z. B. Versicherungen, das Bundesgericht, zwei Spitäler – wieso soll man nicht Residenzen für wohlhabende ältere Personen ausbauen? Auch der Tourismus und der Detailhandel sind wichtig. Die Kreativwirtschaft konnte die FDP-Fraktion aus keiner Analyse herauslesen.
Weiter ist allgemein bekannt, dass in der Bevölkerung ein grosses Unbehagen im Bereich von Wohnen und Verkehr besteht. Das hat auch die Bevölkerungsbefragung und das Forum gezeigt. Um die Wohnungsknappheit anzugehen, wurden bereits erste entscheidende Weichen gestellt.
Wie hingegen das Verkehrsproblem gelöst werden kann – da erkennt die FDP-Fraktion die bisherige stadträtliche Strategie zu wenig. Denn die Fraktion ist überzeugt, dass zuerst die Entlastungsmassnahmen geschaffen werden müssen – sprich: Durchgangsbahnhof und Umfahrungsstrassen wie Spange Nord und Spange Süd –, bevor man weitere Verkehrsflächen in der Stadt reduzieren kann. Denn sonst provoziert man einen Kollaps. Leider kann man in der Gesamtplanung kaum mehr etwas von den Strasseninfrastrukturmassnahmen erkennen. Dies zwingt die FDP-Fraktion zur Annahme, dass Gäste oder Kunden von ausserhalb der Stadt nur per Bahn oder Velo erwünscht sind, die andern sollen doch in Emmen oder Stans einkaufen oder Interlaken statt Luzern besuchen. Dieses Szenario muss man vermeiden, denn sonst droht der Innenstadt eine Verödung. Das wäre aber wohl kaum das Luzern, welches man sich für die Zukunft wünscht.
Die FDP-Fraktion hat insbesondere Mühe mit dem ersten Teil der Gesamtplanung. Dieser ist neu geschrieben. Leider zeigt der Stadtrat nicht auf, welche Parameter sich geändert haben und wie die neue Gewichtung entstanden ist. In den Augen der FDP-Fraktion ist es ein ungewichtetes Wunschdenken, losgelöst vom Faktum, dass leider doch alles irgendwie finanziert werden muss.

Die FDP-Fraktion versteht auch das neue Zielbild nicht; für sie ist es eine Zusammenreihung von Hülsenwörtern. Nach welchem Raster oder welcher Gewichtung daraus die Leitsätze entstanden sind, ist der Fraktion absolut schleierhaft; sie kann und konnte es nicht nachvollziehen.
Oder z. B. auch der neue Leitsatz 2000-Watt-Gesellschaft: Dies ist ein Ziel, das die Stadt gemäss Volksabstimmung im Zeitraum von 2050 bis 2080 anstreben will. Ein solches Ziel als Leitsatz Nummer 1 in der Gesamtplanung 2014–2018 anzugeben, empfindet die FDP-Fraktion schon fast ein bisschen als Provokation. Alle, die bereits mehrere Jahre die Gesamtplanung im Parlament diskutieren, wissen, dass genau dieser Punkt immer sehr kontrovers war und man sich auf die Formulierung „wird angestrebt" geeinigt hat. Generell findet es die FDP-Fraktion schade, dass in diesem neuen Entwurf sehr viel politischer Spürsinn verlorengegangen ist.
Also hat die FDP-Fraktion versucht, redaktionell einzugreifen, aber schlussendlich musste sie das Handtuch werfen. Die FDP-Fraktion beantragt Rückweisung zur Überarbeitung. Mit zu vielen Aussagen kann sie nichts anfangen.
Die letztjährige Gesamtplanung war gut und nachvollziehbar aufgebaut, sie war über Jahre hinweg parlamentarisch ausgemehrt worden. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament haben sich nicht geändert. Die Gesamtplanung ist ja ein langfristiges Planungsinstrument und soll laufend justiert, aber nicht total umgekrempelt werden. Also soll der Stadtrat doch einfach die letztjährige Gesamtplanung nehmen und das anpassen, was sich auch wirklich verändert hat, und damit hat man dann das Werk. Denn die Welt sieht nicht anders aus als vor einem Jahr, die Probleme der Stadt sind die gleichen: Die Stadt ist pleite, sie hat kein Geld und muss sich deshalb auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, sie kann nicht alles Wünschenswerte finanzieren, sondern nur das Notwendige. Denn selbst der angepasste Finanzplan zeigt es deutlich: Die Stadt hält sich nur ganz knapp über Wasser. Kommt die kleinste Brise, fallen die Zahlen ins Minus. Auch hier lässt sich fragen, wie verantwortungsvoll es ist, so in die Zukunft zu gehen. Dieser Plan erlaubt es der Stadt nicht, irgendwelchen finanziellen Handlungsspielraum zu finden. Ehrlich gesagt, die FDP-Fraktion findet den Finanzplan, auch den revidierten, zu riskant. Die Finanzdecke ist zu dünn. Die FDP-Fraktion fordert daher den Stadtrat auf, Nachbesserungen jetzt oder spätestens auf das Budget 2015 hin zu realisieren. Die Fraktion sieht z. B. noch Potenzial in der Effizienz und Effektivität der Prozesse innerhalb der Verwaltung. Einige Beispiele sind weitum bekannt: die langsamen Prozesse bei Baubewilligungen, der grosse Papierkrieg für einen Event, oder die Gelder für Velo-Pumpen.
Doch eines möchte die Sprechende klarstellen: Trotz der schwierigen Finanzlage ist eine Steuererhöhung nicht auf dem Radar der FDP-Fraktion.

Als die FDP-Fraktion die Gesamtplanung las, hat sie sich darin nicht wiedergefunden. Es fehlt ihr die Systematik, es fehlt der Fokus auf die Wirtschaft, es fehlen Lösungen für den Verkehr – auch für den MIV –, es fehlt eine Finanzplanung, welche der Stadt Sicherheit und Handlungsfreiheit für die Zukunft gibt. Die FDP-Fraktion stört sich somit nicht nur an den grossen Linien, sondern auch am Kleingedruckten, an den Erklärungen. Daher wird die FDP-Fraktion die Gesamtplanung einstimmig zurückweisen.

Katharina Hubacher: Der Stadtrat hatte die Aufgabe, die Gesamtplanung dieses Mal nicht nur anzupassen, sondern auch neu auszurichten und in ein neu gestaltetes Kleid zu bringen. Er wählte einen neuen Weg: er ging zur Bevölkerung, er hat auf die Bevölkerung gehört und mit ihr zusammen geschaut, wo der Schuh drückt, was die Leute brauchen, die hier wohnen. Das ist aus Sicht der G/JG-Fraktion ein wertvoller und sehr guter Ansatz. Die Schwierigkeit, das sieht die G/JG-Fraktion auch, ist nachher, die so erarbeiteten Resultate in einen politischen Prozess hineinzubringen.
Wenn man die Gesamtplanung 2014–2018 anschaut, welche der Stadtrat dem Parlament vorgelegt hat, ist das aus Sicht der G/JG-Fraktion trotz und dank dem Hinhören auf die Bevölkerung eine Fortführung der bisherigen Planungen. Es ist nicht einfach etwas ganz anderes. Aber man hat die Veränderungen, welche es in den letzten Jahren gab, miteinbezogen: z. B. das neue Gesetz der KESB; die Konsequenzen aus den Volksabstimmungen der Stadt, insbesondere zur Wohnbaupolitik. Was auch nicht vergessen ging und was der Fraktion sehr wichtig ist: die Klima- und Energievorgaben werden weiterhin ernst genommen. Auch die wirtschaftliche Entwicklung wurde berücksichtigt; die G/JG-Fraktion ist da anderer Meinung, als was man vorhin von der FDP-Fraktion hörte.
Auch die G/JG-Fraktion hätte natürlich noch Wünsche zu den einzelnen Zielen und Massnahmen, aber sie könnte es sich vorstellen, mit der vorliegenden Gesamtplanung weiterzuarbeiten. Es freut die Fraktion, dass das Konzept der Nachhaltigkeit in der Gesamtplanung jetzt so erscheint, wie es die Fraktion schon immer als richtig erachtet hat. Sämtliche Schritte, sei es in der wirtschaftlichen oder in der sozialen Entwicklung, orientieren sich an der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist etwas, was man integral in jeder Entwicklung sehen muss. Nachhaltigkeit heisst nicht, einmal ein bisschen mehr Wirtschaft, einmal ein bisschen mehr Soziales. Das ist nicht Nachhaltigkeit. Sondern Nachhaltigkeit ist in jeder Entwicklung zu sehen.
Die Abstimmung zwischen der Gesamtplanung und der Finanzplanung hat inzwischen eine Präzisierung durch den Stadtrat erfahren. Auch die G/JG-Fraktion ist froh darüber, weil sie sich jetzt besser vorstellen kann, mit welchen Massnahmen die Finanzlage der Stadt Luzern in dieser Planperiode verbessert werden soll. Da muss noch einmal gesagt werden: Die G/JG-Fraktion hat vor einem Jahr eine höhere Steuererhöhung gefordert, denn sie wollte erreichen, dass die Stadt die nötigen Investitionen tätigen kann, und nicht nur Sparmassnahmen, Budgetanpassungen und die Zurückstellung von Projekten zum politischen Alltag gehören, sondern Entwicklungen vorwärts möglich sind. Die G/JG-Fraktion fand keine Mehrheit. Darum muss und kann die Fraktion die vom Stadtrat nun vorgeschlagenen Massnahmen mittragen. Obschon, das muss die Sprechende auch sagen, ein wichtiger Punkt bei diesen Sparmassnahmen, die Reduktion des Lohnwachstums beim Personal, der Fraktion Mühe macht. Bereits bei den letzten Sparpaketen musste das Personal immer wieder einen hohen Anteil leisten. Die Mitarbeitenden erfahren das nicht nur bei ihrem Lohn, sondern die harten Budgetprozesse und die vielen Sparmassnahmen haben direkt auf sie selber Auswirkungen: es wird immer mehr Effizienz gefordert, was zu höheren Arbeitsbelastungen führt, und all das, dessen muss man sich bewusst sein, kann beim Personal auch irgendeinmal zu Unzufriedenheit kippen, oder, wenn es ganz schlimm kommt, auch zu Krankheiten führen. Da hat das Parlament auch eine Verantwortung.

Wenn nun schon das Personal weniger Lohn als ursprünglich geplant erhalten soll, findet es die G/JG-Fraktion konsequent, dass der Stadtrat bei seinem Lohn auch einen kleinen Verzicht leistet.
Die G/JG-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass die Attraktivität der Stadt Luzern nicht nur an den Steuerprozenten gemessen wird. Um als attraktiv zu gelten, braucht die Stadt ein sehr gutes und vielfältiges Schulangebot mit Infrastrukturen und Schulhäusern, die den heutigen Anforderungen genügen. Wenn man will, dass möglichst alle Kinder die öffentlichen Schulen besuchen, braucht es gerade für Familien – gerade für sogenannte Neuzuzüger, die neu als Familie hier in der Stadt leben sollen – gut ausgebaute Kinderbetreuungsangebote.
Die Stadt Luzern braucht auch ein attraktives und gut entwickeltes Kulturangebot, denn das ist eine ihrer Eigentümlichkeiten. Im Zusammenhang mit der Aussicht, dass sie jetzt im Kulturbereich eine Entlastung erhält, wird es noch Diskussionen geben. Diese Entlastung soll ja auch helfen, die Stadtfinanzen zu sanieren.
Auch das Freizeitangebot gehört zu einer attraktiven Stadt Luzern. Da ergibt sich manchmal ein Konflikt zum urbanen Wohnen, was dann zu Reklamationen und Vorstössen in Bezug auf Lärm und Littering führt. Trotzdem ist es keine Lösung, einfach die Anzahl der Bewilligungen zu begrenzen. Wichtig ist doch, die Veranstalter in Bezug auf Lärm und Ordnung in die Pflicht zu nehmen und die bestehenden Normen und Reglemente umzusetzen.
Aus Sicht der G/JG-Fraktion ist es auch wichtig, weiterhin konsequent an den Klimazielen der Stadt zu arbeiten und die Massnahmen jetzt zu ergreifen. Die Fraktion freut sich, dass eine 2000-Watt-Siedlung geplant wird, aber damit wird die Stadt ihre Klimaziele noch lange nicht erreicht haben. Es braucht mehr solche Siedlungen, und die Stadt muss auch ihre eigenen Gebäude entsprechend sanieren.
Die Stadt Luzern hat sich mit einer Volksabstimmung ein Klimaziel gesetzt, nämlich die heute verbrauchten 6 Tonnen Treibhausgas pro Person und Jahr auf 1 Tonne pro Person und Jahr zu senken. Dieses Ziel soll im Jahr 2050 erreicht werden und nicht erst im Jahr 2080, wie man das den Ausführungen von Sonja Döbeli Stirnemann hätte entnehmen können. Wenn dieses Ziel nicht jetzt ins Auge gefasst wird, wenn man nicht jetzt beginnt, Massnahmen umzusetzen, nützt es dann nichts, in zehn oder zwanzig Jahren erschreckt festzustellen, dass man von diesem Ziel noch weiter entfernt ist als je zuvor.
Solche Herausforderungen sollten den Mitgliedern des Grossen Stadtrats genauso grosses Kopfzerbrechen bereiten wie die finanzpolitischen Fragestellungen, aber sie wurden in der letzten Zeit in den Diskussionen massiv zurückgedrängt. Die G/JG-Fraktion möchte, dass in Zukunft auch diese Herausforderungen weiterhin in den politischen Diskussionen eine wichtige Stellung haben. Die Fraktion möchte nämlich der nächsten Generationen nicht nur keinen Schuldenberg hinterlassen, sondern auch eine gesunde Umwelt und eine eigene Energieproduktion ohne Atomstrom. Darum ist es wichtig, jetzt anzufangen; darum ist es wichtig, dass z. B. in der Kernstadt der Individualverkehr auf das Nötigste reduziert wird und der ÖV ein wichtiger Verkehrsmotor bleibt, und dass die Velowege ausbaut werden.

Die G/JG-Fraktion tritt auf die Gesamtplanung ein und hofft, dass sie auch andere Fraktionen findet, die sich dieser Auseinandersetzung stellen und auf die Vorlage eintreten. Es wäre alles

andere als konstruktiv, die Gesamtplanung einfach zurückzuweisen und zu sagen, man finde sich nicht darin und deshalb müsse sie neu geschrieben werden.
Es ist ein neues Parlament und ein neu zusammengesetzter Stadtrat. Die G/JG-Fraktion ist der Ansicht, dass man gemeinsam politische Haltungen erarbeiten muss und dass es zu billig ist, den Ball jetzt einfach an den Stadtrat zurückzuspielen und zu sagen, man wolle etwas anderes. Die Mitglieder des Parlaments haben die gemeinsame Aufgabe, sich zu einigen und die politischen Strategien festzulegen. Dann ist es am Stadtrat, diese zusammen mit der Verwaltung auch umzusetzen. In diesem Sinn tritt die G/JG-Fraktion auf die Gesamtplanung ein und ist froh, wenn die Stadt Luzern nicht mit einer veralteten Gesamtplanung ins nächste Jahr steigen muss.

Albert Schwarzenbach: Die CVP-Fraktion hat in der GPK die Gesamtplanung zurückgewiesen, und sie wird das auch heute tun. Damit schafft das Parlament die Voraussetzungen, damit es ein ausgereiftes Programm erhält, das es politisch durch die nächsten Jahre begleitet. Warum macht die CVP-Fraktion das? Das Parlament hat hier eine Unterlage erhalten, die in wichtigen Punkten nicht genügt. Zum Beispiel das Zielbild: Da ist die Rede vom „zeitgemässen Wohnen". Was ist denn „unzeitgemässes Wohnen"? Oder ein bisschen weiter unten heisst es, Luzern solle zur Stadtregion werden, und das, nachdem sich der Stadtrat von der aktiven Regionalpolitik verabschiedet hat und dieser Begriff seit der Abstimmung über die Fusion überholt ist. Oder: Luzern solle zur nachhaltigsten Entwicklung in der Schweiz verholfen werden. Das erinnert den Sprechenden an die kundenfreundlichste Stadt der Welt der City Vereinigung. Welches sind denn die Messgrössen, wie realistisch sind solche Ziele? Während in der letzten Gesamtplanung in Bezug zu den Stossrichtungen noch die Ressourcen aufgezeigt wurden, fehlt das dieses Mal. Zudem ist der Zahlenteil, welcher gedruckt vorliegt, inzwischen überholt; die Lösungsansätze, von welchen man auf S. 72 noch in sehr abstrakter Form lesen kann, haben in der Zwischenzeit Inhalt erhalten. Man müsste folglich diese Gesamtplanung in gewissen Punkten umschreiben. Das aber ergäbe nur ein unbefriedigendes Flickwerk. Darum noch einmal zurück auf Feld 1, damit man im nächsten Jahr von einer Gesamtplanung als von einem Wurf berichten kann. Wenn man den ersten und zweiten Stock eines Hauses einrichten will, dann muss zuerst das Fundament solid gebaut sein. Das ist heute nicht der Fall.
Inhaltliche Aussagen, z. B. zu den Zielen, hat die CVP-Fraktion bis jetzt nicht gemacht. Das kommt erst noch im Rahmen der Vernehmlassung, welche der Stadtrat angekündigt hat. Die Fraktion nimmt insbesondere nicht Abstand von der Bevölkerungsbefragung, welche wertvolle Inputs für die künftige Stadtpolitik lieferte. Was die Fraktion jedoch schon heute anbringen kann, ist der Wunsch, dass die Wirtschaft in diesem Programm aufgewertet wird. Noch immer ist die Motion der CVP-Fraktion nicht beantwortet, welche einen Wirtschaftsbericht verlangt. Darin soll man aufzeigen, wie man diesen Bereich stärken könnte, um zu Mehreinnahmen zu gelangen. Denn statt immer neue Sparpakete aufzulegen sollte die Stadt ihre Kasse durch zusätzliche Einnahmen füllen. Auch dem Tourismus möchte die CVP-Fraktion einen höheren Stellenwert einräumen. In einem anderen Vorstoss verlangt die CVP-Fraktion, dass die unbefriedigende Situation mit den Cars auf dem Schwanenplatz zügig angegangen wird, damit bereits im nächsten Sommer Alternativen getestet werden können. In der Verkehrspolitik ist

die CVP-Fraktion pragmatisch. Privater Verkehr, Langsamverkehr und öffentlicher Verkehr sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Was die Fraktion will, das sind neue und mutige Lösungen. Wenn man aber bereits wegen 150 m für eine neue Busspur stundenlang streiten kann, zeigt das, wo man ansetzen muss, nämlich mit dem Blick über den Tellerrand hinaus. Weder ein Moratorium für Verkehrsmassnahmen Marke SVP noch die überstürzte Aufhebung von Parkplätzen, wie sie die SP bei der Bahnhofstrasse verlangt hat, helfen da weiter.
Zusammengefasst: Alle diese Diskussionen will die CVP-Fraktion führen, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, und in der richtigen Form. Damit das möglich wird, weist sie diese Gesamtplanung zurück.

Daniel Furrer: Die heutige Diskussion zur Gesamtplanung steht in diesem Jahr unter besonderen Vorzeichen, denn es steht eine Rückweisung durch eine bürgerliche Mehrheit in diesem Rat bevor. Eine bürgerliche Mehrheit weist also die Gesamtplanung eines mehrheitlich bürgerlichen Stadtrates zurück!
Der Sprechende öffnet hier eine kurze, belehrende Klammer und zitiert aus dem Wahlkampf 2012 folgenden Satz: „CVP, FDP und GLP haben sich zu einer Allianz der Mitte formiert. Wir stehen klar und einhellig hinter Stefan Roth als Stadtpräsident (CVP), Manuela Jost (GLP) als Stadträtin und Martin Merki (FDP) als Stadtrat." Klammer geschlossen.
Erstaunlicherweise ist also kein Klassenkampf, sondern ein Geschwisterkampf ausgebrochen: BÜRGERLICHE MEHRHEIT gegen MEHRHEITLICH BÜRGERLICHE! Das wäre übrigens – dies ein Hinweis an die Pressevertreter – auch eine knackige Headline für die nächste Ausgabe.
Jetzt aber zunächst einmal zurück zum eigentlichen Thema und einem Dank an den mehrheitlich bürgerlichen Stadtrat für die Aus- und Überarbeitung der vorliegenden Gesamtplanung. Der neue Aufbau ist aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion klar strukturiert, schlank und übersichtlich. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der mehrheitlich bürgerliche Stadtrat im Grossen und Ganzen die wesentlichen Handlungsfelder erkannt hat und diese in der Gesamtplanung 2014–2018 abbildet. Man merkt die Handschrift des neuen, mehrheitlich bürgerlichen Stadtrates, es ist aber keine Abkehr vom bisherigen Weg.
Langfristige Stabilität auch in der Planung ist wichtig, und es wäre wohl schwierig, nach jeder Legislatur oder bei Wechseln in der Stadtregierung die Vergangenheit jeweils komplett über den Haufen zu werfen. Trotzdem ist es aber wichtig, Akzente zu setzen, auch den Mut zu haben, sich zu fokussieren, ohne dabei die übergeordneten Ziele aus den Augen zu verlieren. „Die richtigen Sachen richtig machen!", wie man so schön sagt.
Obwohl die SP/JUSO-Fraktion der Meinung ist, dass der mehrheitlich bürgerliche Stadtrat sich zu wenig mutig – oder eben zu bürgerlich – auf die richtigen Sachen fokussiert, anerkennt sie doch, dass er in den Bereichen Wohnen und Verkehr konkreter wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Um die Verkehrsprobleme der Stadt zu lösen und eine echte Durchmischung der Wohnbevölkerung zu erreichen, ist das nun ein erster Schritt, aber mehr sicher noch nicht. Es ist fast schon müssig, daran zu erinnern, dass dies die aktuell brennendsten Themen für die Luzerner Bevölkerung sind. Das haben nicht nur entsprechende Abstimmungsresultate, sondern auch Bevölkerungsbefragungen gezeigt, auch wenn das zwar der

mehrheitlich bürgerliche Stadtrat, nicht aber die bürgerliche Mehrheit wahrhaben will. Ganz klar in die falsche Richtung geht für die SP/JUSO-Fraktion der mehrheitlich bürgerliche Stadtrat mit den Auslagerungsabsichten für die HAS. Auch andere Themen werden entweder gar nicht oder nur stiefmütterlich behandelt. So fehlt beispielsweise der Bereich Soziales gänzlich im Zielbild, aber auch konkretere Angaben zu Themen wie gemeinnütziger Wohnungsbau, Familien, Genderpolitik, Stadt der kurzen Wege, Entwicklung Innenstadt, werterhaltende Investitionen oder die Positionierung der Stadt in der Region sind ungenügend abgebildet.

Die Kritik der bürgerlichen Mehrheit, in der Gesamtplanung komme die Wirtschaft zu kurz, kann die SP/JUSO-Fraktion nicht nachvollziehen. Zum einen kann man der Stadt Luzern beim besten Willen nicht Wirtschaftsfeindlichkeit vorwerfen. Im Gegenteil, sie ist ein attraktiver Wirtschaftsraum. Der Sprechende hat in dieser Stadt auch noch nichts von einer Wirtschaftnot, aber schon viel von Wohnungsnot gehört, und auch einen Wirtschaftskollaps kennt der Sprechende so nicht, aber den Verkehrskollaps erfährt er fast täglich am eigenen Leib. Trotzdem werden – und dies zu Recht – wesentliche wirtschaftliche Aspekte in der Gesamtplanung angegangen. Neben den im Kommentar zum Leitsatz „Wirtschaft" aufgeführten Handlungsfeldern sollen die grossen städtischen Entwicklungsgebiete möglichst rasch entwickelt, die für das Gewerbe wichtigen Gebiete Bahnhofstrasse, Grendel und Hirschmattquartier aufgewertet, die Bau- und Zonenordnung des Stadtteils Littau überarbeitet und nicht zuletzt das vor allem auch für die Wirtschaft wichtige Verkehrsproblem angegangen werden. Zudem wird 2014 ein Planungsbericht Wirtschaft erstellt, welcher die Stossrichtung und Massnahmen der städtischen Wirtschaftspolitik aufzeigen soll. Einzig das Thema Tourismus kommt in diesem Zusammenhang zu kurz. Damit Luzern weiterhin eine erfolgreiche Destination bleibt und den Rückhalt der Bevölkerung geniesst, wären Massnahmen für eine nachhaltige Entwicklung dieses wichtigen Wirtschaftszweigs zwingend.

Wie auch immer und von wem auch immer einzelne Punkte oder ganze Stossrichtungen einer Gesamtplanung kritisiert werden, ist eigentlich irrelevant. Es gehört zum politischen Prozess und beweist letztendlich die Funktionsfähigkeit dieser Demokratie. Bisher verstand die SP/JUSO-Fraktion den politischen Prozess aber so, dass unterschiedliche Standpunkte sowohl in den Kommissionen wie anschliessend auch im Rat ausgemehrt werden. Mit einer Rückweisung, wie dies die bürgerliche Mehrheit beabsichtigt, wird aber genau dieser Prozess vorerst verunmöglicht. Eine solche Vorgehensweise, unter Vorgabe fadenscheiniger Gründe, weckt bei der SP/JUSO-Fraktion aber den starken Verdacht, dass es der bürgerlichen Mehrheit gar nicht um den konkreten Inhalt der Gesamtplanung geht. Nein, man ist unzufrieden, weil die Bevölkerung bei verschiedenen Abstimmungen in der näheren Vergangenheit wie auch bei einer Bevölkerungsbefragung anscheinend anders denkt als gewisse Ratsmitglieder. Man ist zudem erstaunt und bestürzt, dass der – mehrheitlich bürgerliche – Stadtrat die Zeichen der Zeit erkannt hat und handeln will. Man will die Sorgen und Probleme der Bevölkerungsmehrheit einfach nicht wahrhaben und hält stur an der Vergangenheit fest. Dieses Vorgehen ist für die SP/JUSO-Fraktion nicht nur fragwürdig, es ist in gewissem Sinne eine Abkehr von der

bisherigen eher positiv pragmatischen Zusammenarbeit, welche – bei allen Differenzen, die man hat – zwischen den konstruktiven Kräften von Links und Rechts in dieser Stadt praktiziert wurde.
Sicher ist die Gesamtplanung in einzelnen Punkten verbesserungswürdig, aber sie zeigt trotzdem einen vernünftigen Ansatz, wie die nähere Zukunft dieser Stadt angegangen werden kann. Der Sprechende bittet die Ratsmitglieder, auch dies zur Kenntnis zu nehmen: Die Gesamtplanung ist finanzierbar. Dies konnte der Stadtrat in den letzten Tagen glaubwürdig aufzeigen.
Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf die Gesamtplanung ein und wird ihr, vorbehältlich einiger Anpassungen, zustimmen. Die Fraktion würde es sehr begrüssen, wenn auch die bürgerliche Mehrheit ihre Absichten noch einmal überdenkt.

Laura Kopp: Die vorliegende Gesamtplanung 2014–2018 ist das Resultat eines mehrstufigen Prozesses. Sowohl die Bevölkerung als auch Vereine und Verbände hatten die Möglichkeit, im Rahmen einer Zukunftskonferenz an der Entwicklung einer Vision und von Zielen für die Stadt mitzuwirken. Aus Sicht der GLP-Fraktion lässt sich das Resultat dieser Arbeit durchaus sehen. Die Gesamtplanung trägt die Handschrift des neuen Stadtrats, und das findet die GLP-Fraktion auch richtig so. Der Fraktion gefällt der Aufbau und die Darstellung; die Aufmachung des Berichts als Ganzes findet die Fraktion also sehr ansprechend und positiv. Natürlich gibt es inhaltlich auch für die GLP-Fraktion Aspekte, welche sie weniger überzeugen. So hatte auch sie Mühe, das umfangreiche, viel zu weit gehende Zielbild richtig nachzuvollziehen und zu verstehen. Und auch bei den Leitsätzen hatte die Fraktion nicht nur Freude und kann nicht immer zu hundert Prozent hinter diesen stehen. Auf diese Aspekte hat sie denn auch in den drei Kommissionen, in welchen sie vertreten ist, aufmerksam gemacht. Und natürlich findet auch die GLP-Fraktion die finanzielle Entwicklung der Stadt besorgniserregend. Trotzdem: Der knappe Mehrheitsentscheid der GPK, nicht auf die Gesamtplanung einzutreten, hat die GLP-Fraktion doch ziemlich überrascht. Aus ihrer Sicht wäre es möglich gewesen, die Änderungswünsche und Anmerkungen im Rahmen der GPK-Sitzung zu diskutieren. Da aber die GLP-Fraktion in der GPK nicht vertreten ist und sie deshalb eigentlich an dieser Stelle nur Mutmassungen anstellen kann, möchte sie über den gefällten Entscheid auch gar nicht weiter sprechen und diesen nicht kritisieren und auch nicht werten. Wenn die GLP-Fraktion jetzt gegen den Willen von CVP, FDP und SVP, also von gut der Hälfte der Ratsmitglieder, auf die Gesamtplanung eintreten würde, dann gäbe es bis Ende Jahr ein ziemliches Gestürm. Man müsste in der Ratssitzung und wohl auch in einer weiteren GPK-Sitzung mit unzähligen Einzelanträgen aus den verschiedenen Fraktionen rechnen. Und gerade wenn die Vorlage dann noch einmal in die GPK kommt, hat die GLP-Fraktion wieder weniger Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und ihre Anliegen direkt einzubringen. Der GLP-Fraktion erscheint dieses Vorgehen nicht effizient und vor allem nicht effektiv zu sein. Denn die Effektivität wäre ja eigentlich wichtiger als die Effizienz allein. Die Rückweisung, die jetzt angedacht und angestrebt wird, bietet den Parteien und vor allem auch der GLP-Fraktion die Möglichkeit, ihre Positionen und Anliegen im Rahmen einer Vernehmlassung kundzutun und einzubringen. Ob dann die verschiedenen Parteien bei der nächsten Ratsdebatte zum Thema Gesamtplanung auch effektiv

auf eine „Filibuster-Übung“ verzichten, ist zwar nicht garantiert, ist dann aber doch zu hoffen.
Da die GLP-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die neue Gesamtplanung ist, aber die Gefahr einer Verzettelung, eines Hickhacks und eines Zerpflückens dieses doch wichtigen Geschäfts verhindern möchte, wird sie heute weder für noch gegen den Rückweisungsantrag stimmen, sondern sich in dieser Frage der Stimme enthalten.

Peter With: Bereits in den Vorjahren hat die SVP-Fraktion die Gesamtplanung abgelehnt, insbesondere natürlich aus dem Grund, weil die Finanzzahlen deutlich aus dem Ruder liefen. So musste die Fraktion vor einem Jahr auch die Steuererhöhung hinnehmen, welche hätte verhindert werden können, wenn man schon früher eingegriffen hätte. Trotz der immer noch angespannten Finanzlage hat der Stadtrat aber in dieser Gesamtplanung tatsächlich noch einmal einen Schlenker nach links gemacht und das Ganze rot-grün angemalt. Viele Ziele und Leitsätze scheinen ein Wunschkonzert zu sein. Man darf aber einfach nie vergessen, dass die Ziele und Leitsätze der Gesamtplanung die Grundlage für die weitere Politik bilden, und das führt dann zu Millionenausgaben. Leider hat man aber auf der Einnahmenseite ähnliche konkrete Ziele und Massnahmen vergessen. So wurde bei der Wirtschaftsförderung wie auch beim Tourismus nur sehr sparsam mit Vorschlägen um sich geworfen. Im Gegenteil: diese Bereiche hat man fast ein bisschen vernachlässigt. Damit die Stadt aber ihre Ausgaben tätigen und auch diese Ziele und Leuchtturmprojekte, welche sie umsetzen will, realisieren kann, ist es wichtig, dass man entsprechend gute Steuerzahler anzieht und diejenigen, die bereits hier wohnen, halten kann. Es macht sicher Sinn, günstigen Wohnraum zu schaffen, aber nur mit günstigem Wohnraum, ohne Rücksicht auf diejenigen Leute, die ihn auch finanzieren, geht es mit der Stadt Luzern ziemlich schnell bergab. Es ist wichtig, dass man den Pro-Kopf-Steuerertrag erhöhen kann, natürlich ohne die Steuern zu erhöhen, sondern eben dadurch, dass die Stadt Luzern wirtschaftlich und auch im Bereich Wohnen attraktiver wird.
Die Gesamtplanung basiert letztendlich als Ganzes auf den Zielen und Leitsätzen. Würde man jetzt an diesen Leitsätzen und an den Zielen erhebliche Änderungen vornehmen, würde das dazu führen, dass der ganze hintere Text eigentlich nicht mehr stimmt. Deshalb ist die SVP-Fraktion der Meinung, man sollte einen Halt einlegen und das Ganze noch einmal genau überprüfen. Es darf nämlich nicht sein, dass die Kennzahlen schon wieder aus dem Ruder laufen und rote Zahlen budgetiert werden, wie das in dieser Gesamtplanung der Fall ist. Bei der Steuererhöhung wurde der Bevölkerung ja versprochen, dass es dadurch künftig wieder schwarze Zahlen geben werde. Das Massnahmenpaket, von welchem heute auch schon die Rede war, ist leider nicht mehr in die Gesamtplanung eingeflossen.
Es macht Sinn, die Gesamtplanung unter Einbezug aller politischen Kräfte neu anzugehen. Der Stadtrat hat ja bereits eine Vernehmlassung angekündigt, und in der GPK könnte man dann über einen gewissen Zeitraum hin etwas erarbeiten, was im Parlament eine Mehrheit findet. Es ist wichtig, in dieser neuen Gesamtplanung nicht nur die Wünsche und die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen ausreichend zu berücksichtigen. Aus allen diesen Gründen beantragt die SVP-Fraktion die Rückweisung der Gesamtplanung zur Überarbeitung.

Korintha Bärtsch versteht immer noch nicht ganz, weshalb man die Gesamtplanung zurückweisen und nicht darauf eintreten will. Klar ist es ihr nur in Bezug auf die SVP-Fraktion, welche einfach eine ziemlich andere politische Bewertung vornimmt im Vergleich zur G/JG-Fraktion oder zum Teil auch zu den Mitte-Parteien. Wenn man es ein bisschen zynisch ausdrücken möchte, wurde bei der Gesamtplanung in den letzten paar Jahren einfach das Verfahren „copy paste" angewandt. Die grössten Differenzen im Grossen Stadtrat ergaben sich jeweils bei der Frage, ob man das Ziel mit dem Bypass und dem Südzubringer verabschieden will oder nicht. Jetzt liegt eine andere Gesamtplanung vor, aber statt sich mit dieser auseinanderzusetzen und wirklich eine politische Diskussion zu führen, weist eine Mehrheit sie einfach zurück und verlangt, der Stadtrat müsse etwas vorlegen, was allen passt. Die Sprechende findet das ziemlich unemanzipiert. Der Grosse Stadtrat hat die Aufgabe, diese Ziele jährlich zu verabschieden. Jetzt einfach zu sagen, der Stadtrat habe seine Aufgaben nicht gemacht und die falschen Ziele vorgelegt, ist für die Sprechende schwer verständlich. Die FDP-Fraktion hat bemängelt, man habe keine Analyse gemacht, welche aufzeigt, dass die Stadt Luzern in der Wirtschaft zurückbleibe. Eine Analyse ist noch lange nicht eine politische Bewertung. In den Gesamtplanungen der letzten paar Jahre erhielt die Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft bei der Darstellung der politischen Hauptstossrichtung einen grösseren Kreis als die Gesellschaft und die Umwelt; das ist eine politische Bewertung. Wenn man die neue Gesamtplanung liest, dann werden da die ökologischen und die sozialen Herausforderungen beschrieben, und auch die wirtschaftlichen Herausforderungen. Einer der Leitsätze betrifft die Wirtschaftspolitik der Stadt. Die Sprechende kann nicht verstehen, was jetzt da fehlen soll. Das Zielbild, das räumt sie ein, ist ein bisschen speziell; auch die G/JG-Fraktion wäre bereit, über dieses Zielbild zu diskutieren, aber diese Diskussion muss stattfinden können. Was gibt es Schöneres, als selber sagen zu können, was man eigentlich möchte? Der Sprechenden scheint es, dass die Mitte-Parteien eher damit Mühe haben, ihre Vorstellungen selber zu formulieren. Sie bemängeln einfach, dass der Stadtrat ihnen nicht etwas vorlegt, was sie gut finden könnten. Aus dem Votum von Albert Schwarzenbach konnte die Sprechende keine inhaltlichen Vorgaben erkennen, wo er Schwerpunkte setzen möchte. Er möchte von allem einfach ein bisschen, aber hat nicht im Detail gesagt, was das wäre. Damit hat die Sprechende Mühe, und darum versteht sie nicht, warum man diese Diskussion im Parlament nicht führen will, obwohl es doch die Aufgabe des Parlaments ist, diese Leitsätze und Strategien zu formulieren und zu verabschieden.

Stadtpräsident Stefan Roth: Das Resultat der vorliegenden Gesamtplanung ist nicht das Resultat von Rot-Grün oder von Mitte-Rechts, sondern es ist das Resultat einer problemlösungsorientierten Stadtentwicklung des neuen Stadtrats. Die Gesamtplanung ist, wie bereits gesagt wurde, die strategische Planung der städtischen Politik. Es ist deshalb keineswegs einfach nur ein Papier, sondern das bedeutendste Element zur Entwicklung dieser Stadt. Es ist auch kein Legislaturprogramm, sondern eine rollende Planung. Inhaltlich will die Gesamtplanung die erwartete und die gewollte Entwicklung der Stadt Luzern in möglichst allen Facetten darstellen. Dabei spielen selbstverständlich die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen eine entscheidende Rolle. Es geht nicht nur darum, was die Stadt leisten muss und was sie sich

leisten will, sondern es geht auch wesentlich darum, was sie sich leisten kann. In der Gesamtplanung gibt der Stadtrat die Antworten dazu.
Die heute geltende Gesamtplanung 2013–2017 ist das Resultat einer jahrelangen rollenden Überarbeitung. Auf die Gesamtplanung 2014–2018 hin beschloss der Stadtrat eine Generalüberholung. Die Gründe lagen vor allem darin, dass einerseits die Gesamtplanung ohnehin alle vier Jahre generalüberholt wird, und dass andererseits die Hauptstossrichtung des politischen Wirkens seit 2002, nämlich die starke Stadtregion, im Jahr 2012 vorläufig aufs Eis gelegt wurde. Deshalb hat der Stadtrat diese Generalüberholung um ein Jahr vorgezogen. Sie hat also nichts zu tun mit Rot-Grün oder mit Mitte-Rechts.
Für die Gesamtüberarbeitung studierte und analysierte der Stadtrat unter anderem die Resultate der Bevölkerungsbefragung. In mehreren Foren suchte er auch das direkte Gespräch mit den Luzernerinnen und Luzernern. Die Mitglieder des Stadtrats sind viel unterwegs, sie sind viel unter den Leuten, und deshalb ist der Sprechende überzeugt, dass der Stadtrat recht gut weiss, wo der Schuh drückt. Der Stadtrat erfährt durch seine Präsenz aber auch, was in und an Luzern geschätzt wird.
Es wurde bemängelt, man wisse gar nicht, welche Parameter sich geändert haben. Deshalb will der Sprechende diese noch einmal aufzählen. Der wesentlichste Gesichtspunkt, der sich geändert hat, ist derjenige einer Stadtregion. Weiter enthielt die alte Gesamtplanung einen eigenen Leitsatz zum Thema Sicherheit; dieses Thema gehört jetzt zum Selbstverständnis. Und dann gibt es drei Bereiche, in welchen die neue Gesamtplanung die Stossrichtungen präzisiert: die Bereiche Verkehr, Wohnen, und – man höre und staune – die Wirtschaftsentwicklung. Das sind die hauptsächlichen Parameter, die geändert wurden, indem der Stadtrat sie präzisierte.
Unter dem Titel „Selbstverständnis" hat der Stadtrat in der neuen Gesamtplanung diese Ausgangslage festgehalten. Dazu gehört z. B. das Bildungs- und Kulturangebot, der breite wirtschaftliche Branchenmix inklusive Tourismussektor, aber auch die Zentrumsfunktion, welche die Stadt Luzern hat, und die insgesamt hohe Lebensqualität für Menschen aller Generationen und aller sozialen Schichten. Zum Selbstverständnis gehört auch das ausgewogene Verhältnis zwischen den städtischen Leistungen und den personellen und finanziellen Ressourcen.
Die Leitsätze sind – das kann der Sprechende nicht genug betonen – nicht priorisiert. Eine Erkenntnis aus der Diskussion um die neue Gesamtplanung ist dies, dass der Stadtrat wahrscheinlich in Zukunft die Leitsätze in je einer Spalte quer nebeneinander aufführt, um der Tendenz, die Reihenfolge der Leitsätze als Priorisierung aufzufassen, entgegenzuwirken. Der Stadtrat hat in den Leitsätzen vor allem jene Bereiche abzubilden versucht, in welchen er zwischen dem analysierten Heute und dem angestrebten Morgen die grösste Kluft wahrnimmt. Woher weiss er aber, was die Bevölkerung tatsächlich will? Einerseits aus den Bevölkerungsbefragungen, andererseits aus den Voten der Stimmberechtigten im Zusammenhang mit den Abstimmungen zu den Themen Wohnen und Energie. Diese Ergebnisse wurden in die Gesamtplanung 2014–2018 eingearbeitet. Die Themen Wohnen und Energie haben aufgrund dieser Volksaufträge mehr Gewicht erhalten, und der Verkehr ist als dringendstes Thema erhalten geblieben. Im Verhältnis zu diesen Bereichen kommt es nun offenbar Teilen des Par-

laments und teilweise auch Personen aus Wirtschaftsorganisationen so vor, als sei das stadträtliche Ziel, den Wirtschaftsstandort Stadt Luzern zu stärken, in den Hintergrund geraten. Das hat der Stadtrat in keiner Weise beabsichtigt. Der Dimension Wirtschaft, das wurde in einem der vorangegangenen Voten erwähnt, ist ja ein eigener Leitsatz gewidmet, gleichwertig zu den drei anderen Themen Wohnen, Verkehr und Energie. Die neue Gesamtplanung enthält auch Aussagen zum wirtschaftlich notwendigen Verkehr, und sie enthält Aussagen nicht nur zum Agglomerationsprogramm der 2. Generation, sondern auch zu den flankierenden Massnahmen, welche der Stadtrat erwartet. Das Budget 2014 enthält als Meilenstein, dass der Masterplan Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2014 dem Parlament vorgelegt wird. Bei den neuen, innovativen Dienstleistungen ist unter anderem auch von der Kreativwirtschaft die Rede; es wird erklärt, was unter Kreativwirtschaft zu verstehen ist (Gesamtplanung S. 10): Es geht nicht ausschliesslich um die kulturelle Kreativwirtschaft, sondern um „Kultur- und Kreativunternehmen, welche überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind". Der Stadtrat will also Rahmenbedingungen schaffen für Start-ups und für attraktive Arbeitsplätze.
Auf der ominösen S. 72 in der Gesamtplanung legt der Stadtrat klar die Strategie fest, wie die Stadt mit den Finanzen zurechtkommen soll, beziehungsweise welche Massnahmen es braucht. Als kurzfristiger Ansatz wird definiert, bis 2018 den Finanzhaushalt mittels Priorisierung und Überprüfung der Standards zu stabilisieren. Mittelfristig ab 2018 bis etwa 2022 oder 2024 gilt es, die Ertragskraft durch die Entwicklung der Schlüsselareale zu stärken. Ein Meilenstein im Voranschlag 2014 bezieht sich ja auf den Pilatusplatz, dass bis Ende 2014 der Zuschlag an einen Investor erteilt sein muss. Der Stadtrat will diese Chancen nutzen und vermehrt wieder Kooperationen mit Dritten ins Auge fassen.
Das Zielbild, das gibt der Sprechende zu, ist vielleicht ein bisschen schwierig zu verstehen. Die abstrakte Formulierung wurde aber auch deshalb gewählt, weil es ja um Themen geht, die auf einer Zeitachse bis zum Jahr 2035 im Fokus stehen. Dieses Zielbild kann zum heutigen Zeitpunkt gar nicht anders als in allgemeinen Begriffen formuliert werden, und auf dem Weg zum Jahr 2035 wird es dann immer klarer und schärfer. Der Sprechende denkt, dass auch das Parlament mit einer solchen abstrakten Herleitung umgehen kann.
Bei einer Mehrheit der GPK kam die neue Gesamtplanung insgesamt nicht gut an. Es wurde, wie gerade erwähnt, bemängelt, das Zielbild sei zu wenig klar, es müsse geschärft werden, und auch die Fokussierung auf die vier Leitsätze wurde gerügt. Die Kommission beantragt deshalb in ihrer Mehrheit, die Gesamtplanung zurückzuweisen. Neben der materiellen Kritik wurde die neue Gesamtplanung von einzelnen auch formell nicht verstanden. Diese vielfältige Kritik von Teilen des Parlaments erstaunt den Stadtrat. Der Stadtrat ist klar der Auffassung, dass er die aktuellen Herausforderungen erkannt hat. Gerade durch die Bevölkerungsbefragungen und die Beteiligung an den öffentlichen Foren sind die Anliegen der Bevölkerung eigentlich noch nie in solcher Breite in eine Gesamtplanung eingeflossen wie dieses Mal. Der Stadtrat ist auch der Meinung, dass er die richtigen Lösungsvorschläge auf die Probleme aufzeigt. Wenn die Gesamtplanung jetzt zurückgewiesen werden sollte, verliert man für das Jahr 2014 an Schwung und an Dynamik. Es ist aber für den Stadtrat ganz wichtig, über eine genehmigte Gesamtplanung zu verfügen, die auch über mehrere Legislaturen hinweg Gültigkeit hat. Die Idee einer Gesamtplanung ist ja nicht, dass das Parlament jedes zweite Jahr wie-

der an den strategischen Stossrichtungen justiert. Sondern diese Stossrichtungen werden so angedacht, dass sie mindestens drei Legislaturen Gültigkeit haben, damit das Zielbild, welches man sich vornimmt, überhaupt je in Sichtweite kommen kann. Wenn das Parlament heute die Gesamtplanung 2014–2018 zurückweist, muss der Stadtrat in Bezug auf dieses Zielbild noch einmal über die Bücher, um zu versuchen, ob man es tatsächlich besser formulieren könnte. Eine rasche Überarbeitung der aktuell vorliegenden Gesamtplanung 2014–2018 erscheint unter diesen gegebenen Umständen nicht sinnvoll. Der Stadtrat erachtet es deshalb als zielführender, für das Jahr 2014 weiterhin die Gesamtplanung 2013–2017 als Richtschnur zu verwenden. Auf die nächste Planperiode 2015–2019 hin will er dann eine mehrheitsfähige Gesamtplanung vorlegen. Er nimmt die Kritik entgegen, man habe zwar ausgiebig mit Teilen der Bevölkerung, aber nicht genügend mit den gewählten Volksvertretern diskutiert. Deshalb hat er bereits das weitere Vorgehen und den revidierten Zeitplan für die Erarbeitung der Gesamtplanung 2015–2019 verabschiedet. Nach dieser Planung soll, wie mit der GPK vereinbart, als Erstes bei den Fraktionen eine Vernehmlassung durchgeführt werden, um genaue Angaben und Hinweise für die Überarbeitung zu erhalten. Wenn der Grosse Stadtrat heute nicht auf die Gesamtplanung 2014–2018 eintritt, bittet der Stadtrat die Mitglieder des Grossen Stadtrats, mit ihm zusammen offen und konstruktiv an der Gesamtplanung 2015–2019 zu arbeiten. Es ist wichtig, dass Stadtrat und Parlament gemeinsam eine Vorstellung über die künftige Stadt Luzern haben.

Ratspräsident Thomas Gmür stellt den Antrag der Mehrheit der GPK, die Gesamtplanung zur Überarbeitung zurückzuweisen, dem Antrag jener Fraktionen gegenüber, welche auf die Gesamtplanung eintreten wollen. Mit dem Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung ist zugleich auch jener verbunden, dass die Gesamtplanung 2013–2017 sinngemäss weitergelten soll.

Abstimmung:
Der Grosse Stadtrat weist die Gesamtplanung 2014–2018 mehrheitlich zur Überarbeitung zurück.

Katharina Hubacher fragt, ob über die Weiterführung der Gesamtplanung 2013–2017 nicht abgestimmt werden muss.

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Beschluss, dass die Gesamtplanung 2013–2017 sinngemäss weitergilt, ist in der Annahme des Rückweisungsantrags enthalten. Der Rückweisungsantrag war mit diesem Beschluss verbunden.

4. Bericht und Antrag 13/2013 vom 18. September 2013: Voranschlag 2014

Eintreten

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Zum Voranschlag 2014 hat die GPK dann nicht mehr so lange diskutiert wie beim Eintreten zur Gesamtplanung. Vielmehr trat die GPK auf den Voranschlag 2014 nach relativ kurzer Diskussion ein, auch wenn die Kommissionsmitglieder mehrheitlich von diesem Voranschlag wenig begeistert waren. Denn trotz der Steuererhöhung und den Sparmassnahmen im 4-Mio.-Paket sieht die Finanzplanung nach wie vor nicht rosig aus. Ein einigermassen ausgeglichenes Ergebnis ist trotzdem zustande gekommen, jedoch vor allem wegen der frühzeitigen Beendigung der Sanierungsmassnahmen für die Pensionskasse. Das finanzielle Umfeld ist nach wie vor schwierig, auch wenn die GPK dem Stadtrat und der Verwaltung eine gute Arbeit attestiert. Die Ausgaben stiegen vor allem im Bereich der Bildung stark an, und ebenso in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesundheit, worauf der Stadtrat und die Verwaltung wenig eigenen Einfluss haben. Es ist aber klar, dass in Zukunft Mittel und Wege gefunden werden müssen, um den Ertrag zu steigern und um gleichzeitig zu verhindern, dass der Stadt noch mehr extern verursachte Kostensteigerungen aufgebürdet werden. Nach den Informationen, welche der Stadtrat zu den geplanten Massnahmen gab, um die Planergebnisse zu verbessern, stimmte die GPK dem Voranschlag 2014 mit 10 : 1 : 0 Stimmen zu.

Daniel Furrer: Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Voranschlag 2014. Nachdem für 2013 noch ein Rohdefizit von rund 12 Mio. Franken budgetiert wurde, ist das fast ausgeglichene Budget, das man kosmetisch ohne Weiteres auch in ein Plus hätte umwandeln können, sehr erfreulich, umso mehr, als die Stadtverwaltung neben der laufenden Umsetzung von immer neuen Sparpaketen und einem permanenten Optimierungsdruck auch einem wachsenden Kostendruck vor allem in den Bereichen Bildung, soziale Wohlfahrt und Gesundheit ausgesetzt ist.
Mit einem prognostizierten Selbstfinanzierungsgrad von 94 % bewegt sich die Stadt trotzdem langsam in die richtige Richtung. Und der in den letzten Tagen vorgestellte zusätzliche Massnahmenplan zur Stabilisierung des städtischen Finanzhaushaltes wird in den kommenden Jahren zu einer weiteren Verbesserung führen.
Positiv wirken sich natürlich auch die vorzeitige Aufhebung der Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse sowie die weiterhin optimistisch budgetierten Zuwachsraten bei den Steuererträgen aus. Ob diesbezüglich die Annahme wirklich realistisch ist, wird sich zeigen. Aber anlässlich der vorletzten GPK-Sitzung konnte der Stadtrat glaubhaft darlegen, dass die Einschätzungen des Steueramtes durchaus berechtigt sind.
Zu einer längeren internen Diskussion führte einerseits der Sinn und Unsinn eines Investitionsplafonds als solchem sowie im Speziellen auch der Entscheid, die Abschreibungen wieder von 80 % auf 100 % zu erhöhen. Obwohl die SP/JUSO-Fraktion den Sinn einer solchen Erhöhung durchaus nachvollziehen kann, steht doch die Frage im Raum, ob jetzt der richtige Zeit-

punkt dafür ist. Zudem ist die argumentative Verknüpfung mit der Aufhebung der Pensionskassensanierungsmassnahmen aus Sicht der Fraktion nicht ganz logisch.
Etwas alarmiert ist die SP/JUSO-Fraktion über die Situation im Tiefbauamt. Anscheinend herrscht dort nicht nur eine angespannte Kostensituation, sondern auch eine angespannte Personalsituation. Auch in einzelnen anderen Bereichen sind Anzeichen festzustellen, dass der permanente Spardruck nicht spurlos an den Mitarbeitenden vorbeigeht. Dort ist zu hoffen, dass die Stadt ihre Verantwortung als Arbeitgeberin wahrnimmt und wo nötig entsprechende Massnahmen einleitet.
Erfreut zur Kenntnis nimmt die SP/JUSO-Fraktion die Tatsache, dass sich die Abteilung Stadtraum und Veranstaltungen positiv entwickelt. Das zeigt unter anderem der zunehmend hohe Umsetzungsgrad der Leistungsziele.
Der vorliegende Voranschlag 2014 sowie die aktualisierte Finanzplanung der nächsten Jahre stimmt die SP/JUSO-Fraktion verhalten zuversichtlich. Die Fraktion ist überzeugt, dass die Stadt mit der angestrebten aktiven Wachstums- und Einnahmenpolitik die Talsohle überschritten hat und in naher Zukunft endlich vom Sparmodus in einen Entwicklungsmodus umschalten kann.
Die SP/JUSO-Fraktion tritt auf den Voranschlag ein und wird diesem zustimmen.

René Peter: Die FDP-Fraktion war zuerst vom Voranschlag 2014 enttäuscht, nicht primär vom Ergebnis für das Jahr 2014, sondern vor allem vom Finanzplan 2015–2018. Der Voranschlag macht der Fraktion aber auch heute nach den Korrekturen noch keine grosse Freude, denn sie hat vor einem Jahr der Steuererhöhung nur zähneknirschend zugestimmt und dementsprechend ein positives Budget und einen positiven Finanzplan erwartet. Gerade durch den Wegfall der Sanierungsbeiträge für die Pensionskasse hat sich der Voranschlag nicht nach den Erwartungen der FDP-Fraktion verbessert, weil einfach die Ausgaben grösser geworden sind. Der Stadtrat hat nun die Massnahmen zur Verbesserung der Finanzplanung vorgestellt. Dabei bleibt der Voranschlag 2014 unverändert. Die FDP-Fraktion stuft die Massnahmen zum Teil als nachvollziehbar und angemessen ein. Es handelt sich aber nicht um Sparmassnahmen, sondern um Korrekturen der Annahmen im Finanzplan mit vielen WENN und KANN. Die FDP-Fraktion begrüsst dabei die Bemühungen des Stadtrates um eine regionale Abstützung der Finanzierung der Sportstätten. Die Stadt trägt zu grosse Zentrumslasten, welche korrekterweise durch alle Nutzniessergemeinden mitfinanziert werden sollten. Jedoch ergibt sich hier schon das erste Problem mit diesen vorgeschlagenen Massnahmen: Die Gemeinden lehnen eine Mitfinanzierung ab. Die FDP-Fraktion ist gespannt, was nun mit diesem Vorschlag von 250'000 Franken geschieht. Werden nun die Eintritte erhöht?
Man muss nicht nur Wege finden, um Einsparungen zu erreichen, sondern die Ertragskraft soll gesteigert werden. Damit verlangt der Sprechende ganz sicher keine Steuererhöhungen, sondern es soll nun aktives Wirtschaftswachstum realisiert werden. Analysen über die Stadt haben ergeben, dass sie explizit in der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber Vergleichsstädten Defizite aufweist. Die Stadt Luzern hat eher wenig private Arbeitsplätze und ist auch in der Wertschöpfung eher zu schwach. Diese Schwäche der Stadt soll mit der Entwicklung von Schlüsselarealen korrigiert werden, welche nicht länger verzögert werden darf. Die FDP-

Fraktion hofft, dass man dieses Problem wirklich aktiv angeht und vorwärts macht. Ferner sind im Bereich Investitionen vermehrt Prioritäten zu setzen. Die Fraktion stellt aber auch fest, dass gewisse Massnahmen ergriffen und Prozesse eingeleitet wurden, um den Finanzhaushalt der Stadt Luzern ins Lot zu bringen – jedoch braucht es für die Zukunft noch viel mehr Anstrengungen.
Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A 13/2013, Voranschlag 2014, ein.

Laura Kopp: Grundsätzlich müsste der Grosse Stadtrat, um wirklich über den Voranschlag diskutieren zu können, noch ein bisschen mehr Informationen bezüglich Abschreibungspraxis haben. Die Sprechende will aber trotzdem einige Punkte festhalten. Wenn man die Zahlen für das nächste Jahr anschaut, könnte man fast vergessen, dass die finanzielle Situation der Stadt Luzern mehr als angespannt ist. Das sieht man erst dann, wenn man in die Finanzplanung hineingeht, sei das jetzt die aktualisierte oder diejenige, welche noch vor ein paar Wochen aktuell war. Das vorliegende Budget mit einem Defizit von rund einer halben Million und einem Selbstfinanzierungsgrad bei 94 % könnte die GLP-Fraktion eigentlich schon wieder ein bisschen zuversichtlicher stimmen. Im Vergleich zum Budget 2013 und zur Rechnung 2012 sind das relativ gute Zahlen. Allerdings sind Budgetzahlen jeweils nur so gut wie die dahintersteckenden Annahmen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist der Stadtrat bei der Budgetierung auf der Einnahmenseite, vor allem bei den Steuererträgen, ein bisschen zu optimistisch. Das gilt insbesondere dann, wenn man sich bei den Schätzungen auf die kantonalen Annahmen abstützt. Denn diese waren in den vergangenen Jahren leider immer ein bisschen zu optimistisch. Man darf nicht vergessen, dass die wirtschaftliche Entwicklung gerade bei den Steuereinnahmen eine grosse Rolle spielt. Und diese ist momentan eben immer noch nicht wirklich stabil.
Sorgen bereiten der GLP-Fraktion auch Entwicklungen in einzelnen Aufgabenbereichen der Stadt. In den Bereichen Bildung und soziale Wohlfahrt werden die Aufwendungen sicher auch noch in Zukunft steigen; im Moment machen diese beiden Bereiche 28 % beziehungsweise 33 % des Gesamtaufwands aus. Die Stadt Luzern tut also gut daran, wenn sie ihren Fokus auf die Entwicklung der Schlüsselareale setzt und die lokale Wirtschaft stärkt. Denn einem Ausgabenwachstum muss immer auch ein entsprechendes Einnahmenwachstum gegenüberstehen.
Die GLP-Fraktion wünscht zudem, dass die Stadt Luzern ihre Finanzpolitik langfristig ausrichtet. Sparbemühungen müssen längerfristig angedacht und nachhaltig umgesetzt werden. Hauruckübungen zur Beschönigung der Zahlen sind aus Sicht der Fraktion der falsche Weg. Die GLP-Fraktion fordert den Stadtrat deshalb auf, eine umfassende und echte Aufgabenüberprüfung sowie eine Prozess- und Ablaufoptimierung innerhalb der Stadtverwaltung vorzunehmen. Man soll die Synergien besser nutzen und vor allem die vorhandenen Ressourcen effizient und effektiv einsetzen. Die GLP-Fraktion hofft, dass sich durch solche Massnahmen die finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren ein bisschen verbessert.
Die GLP-Fraktion tritt auf diesen B+A ein und stimmt dem Voranschlag 2014 zu.

Franziska Bitzi Staub: Die Finanzlage der Stadt bleibt angespannt. Schon in den letzten Jahren haben sich in den Planergebnissen Defizite abgezeichnet; darauf hat man mit Spar- und Entlastungspaketen reagiert. Vor einem Jahr folgte das Parlament dem Antrag des Stadtrats, zusätzlich den Steuerfuss zu erhöhen. Das wurde als der Preis für den Erhalt der Lebensqualität in der Stadt Luzern betrachtet. Mit der Steuererhöhung sollte ein weiterer Leistungsabbau verhindert werden. Die Rechnung 2012 hat ja auch Budgetdisziplin bewiesen und den Eindruck vermittelt, dass man die Kosten im Griff habe. In der Gesamtplanung 2014–2018 wurde der Grosse Stadtrat aber erneut mit massiv schlechteren Planergebnissen konfrontiert. Das hat das Vertrauen der CVP-Fraktion in die Finanzpolitik des Stadtrats geschwächt. Die Ausgaben müssen sich, wie in jedem verantwortungsvollen Privathaushalt auch, nach den Einnahmen richten. Der pauschale Verweis auf Massnahmen auf den drei Ebenen Einnahmen, Ausgaben und Investitionen, – die ominöse S. 72 in der Gesamtplanung – genügte der CVP-Fraktion als Lösungsansatz nicht. In der Zwischenzeit hat der Stadtrat Massnahmen präsentiert, wie die Planzahlen des letzten Jahres wieder erreicht werden können. Diese Korrekturen werden dann in die nächste Gesamtplanung 2015–2019 einfliessen. Dank dieser zusätzlichen Informationen kann die CVP-Fraktion jetzt dem Weg zustimmen, welchen der Stadtrat vorschlägt. Um die städtischen Finanzen aber nachhaltig wieder ins Lot zu bringen, darf man nicht in kurzfristiges Handeln verfallen, indem man ein Budgetjahr ums andere angeht. Das ist man auch der nächsten Generation schuldig. Die CVP-Fraktion erwartet künftig eine höhere Verlässlichkeit bei den Planzahlen. Man muss darauf vertrauen können, dass die Planergebnisse der Gesamtplanung in den Folgejahren grundsätzlich zu Budgetzahlen werden und nicht von Jahr zu Jahr massiv divergieren ohne äussere Einflüsse. Das eigentliche Problem liegt aber nicht im Voranschlag 2014, um welchen es jetzt geht. Dieser ist nämlich trotz der Erhöhung der Abschreibungen und Rückstellungen fast ausgeglichen. Die CVP-Fraktion wird darum auf den B+A eintreten und dem Voranschlag 2014 zustimmen.

Laurin Murer: Die G/JG-Fraktion zeigt sich erfreut, dass nach den Verlusten in den letzten Jahren nun ein quasi ausgeglichener Voranschlag präsentiert werden kann. Ja, die Fraktion ist positiv überrascht, dass er so solide ist – trotz den gravierenden Steuerausfällen durch die Unternehmenssteuerreform. Aber leider weiss man auch, dass es nur aufgrund von Sparmassnahmen so aussieht. Sparmassnahmen, welche die G/JG-Fraktion eigentlich gar nie wollte. Denn das 4-Mio.-Sparpaket ist leider nicht spurlos an der Stadt vorbeigegangen, sondern es „wirkt" jetzt, beziehungsweise ist es jetzt eine Herausforderung in der Verwaltung. Die G/JG-Fraktion freut sich aber, dass die Verwaltung mit den gekürzten Ressourcen trotzdem noch eine gute Anzahl Leistungen erbringen kann. Es fehlen der Fraktion jedoch weitere – der Zeit entsprechende – Massnahmen, die leider nicht umgesetzt werden konnten; beispielsweise sollte man dringend Schulhäuser renovieren und dort investieren. Das ist jetzt einfach nicht möglich, sondern wurde auf später verschoben.
Ein weiterer Aspekt betrifft das Personal in der Verwaltung: Das Funktionieren der Stadtverwaltung beruht sehr stark auf den Menschen dort. Wenn man jetzt genau beim Personal wieder spart und nochmals spart, schneidet sich die Stadt früher oder später einfach ins eigene Fleisch. Der Sprechende machte mit René Peter am vergangenen Dienstag einen Verwal-

tungsbesuch. Sie haben gesehen, wie wichtig das Personal ist, und wenn man einfach beim Personal kürzt, dann gehen diese Leute eben früher oder später weg. Die Stadt ist dafür verantwortlich, darauf zu achten, dass es dem Personal gut geht und dass die Mitarbeitenden gesund bleiben und damit auch effizient bleiben.

Peter With: Der Voranschlag 2014 liegt im Rahmen der Gesamtplanung und auch im Rahmen der Versprechen, welche man vor der Steuererhöhung abgab. Die SVP-Fraktion findet es schade und auch ein bisschen mutlos vom Stadtrat, dass man das knappe Defizit nicht doch noch zu einer schwarzen Zahl wenden konnte. Sie glaubt nicht, dass man in diesem Budget nicht noch irgendwo eine Möglichkeit dazu gefunden hätte. Eigentlich plante sie, das Budget abzulehnen, insbesondere weil in der Gesamtplanung ja die künftigen Jahre deutlich rot prognostiziert wurden. Aufgrund des Massnahmenpakets, welches der Stadtrat jetzt aber vorgestellt hat und welches aufzeigt, dass man doch in den künftigen Jahren schwarze Zahlen schreiben will, beurteilt die SVP-Fraktion den Voranschlag 2014 ein bisschen anders. Grundsätzlich ist es aber so, dass dieses Massnahmenpaket nur ein erster Schritt ist. Die Stadt bewegt sich auch nachher relativ knapp über null. Man muss versuchen, weitere Verbesserungen zu erreichen und weitere Massnahmen zu finden, damit die städtischen Finanzen soweit gesunden können, dass die Stadt wieder eine gute Handlungsfähigkeit zurückerhält.
Die SVP-Fraktion hat grossmehrheitlich Zustimmung zum Budget 2014 beschlossen, aber es gibt auch einzelne Fraktionsmitglieder, welche aufgrund einer unterschiedlichen Gewichtung das Budget ablehnen werden.

Stadtpräsident Stefan Roth dankt im Namen des Stadtrats dafür, dass eine Mehrheit dem B+A zustimmen wird und die Stadt Luzern somit im Jahr 2014 über ein Budget verfügen kann. Der Sprechende dankt auch dafür, dass die Massnahmen, welche vor einer Woche der GPK präsentiert wurden, auf Zustimmung stossen und in Bezug auf das Vertrauen, das aufgrund der ursprünglichen Planannahmen angeschlagen war, wieder zu einer Beruhigung führen.
Das Resultat von 500'000 Franken Defizit kam durch die verschiedenen Sparpakete zustande, nicht nur durch das 4-Mio.-Sparpaket, sondern auch noch durch die letzte Tranche aus dem Sparpaket 2011, das dazu führte, dass der Konsumaufwand um 5,1 Mio. Franken zurückging. Es wurde jetzt auch bemängelt, wieso man diese halbe Million Defizit nicht noch in eine schwarze Zahl habe umwandeln können. Der Sprechende erinnert daran, dass der Grosse Stadtrat beschlossen hat, die Bibliothek Ruopigen beizubehalten, was jährliche Ausgaben von 200'000 Franken zur Folge hat. Der Grosse Stadtrat hat auch Verhandlungen mit der Kirchgemeinde über das Zentrum St. Michael verlangt, was im Budget 2014 zu einem Beitrag von 75'000 Franken führt. Solche Beträge müssen jetzt im Budget 2014 zuerst wieder kompensiert werden, und die Mitglieder des Grossen Stadtrats wissen ja, wie schwer es sein kann, eine Kompensation auch politisch mehrheitsfähig zu machen. Wenn man das alles berücksichtigt, dann ist der Sprechende der festen Überzeugung, dass das Ergebnis des Voranschlags 2014, welches, wie Peter With sagte, genau dem entspricht, was man bei der Volksabstimmung zur Steuererhöhung angekündigt hat, ein gutes Ergebnis ist.

Zur Pensionskassensanierung besteht offenbar noch ein gewisser Klärungsbedarf. Das Budget 2014 wurde im Sommer 2013 erstellt. Die Pensionskassenkommission gelangte erst Ende September an den Stadtrat mit dem Antrag, dass die Stadt die Sanierungsmassnahmen ein Jahr früher auflöst. Der Stadtrat hat dann beschlossen, nicht aus dem im Voranschlag 2014 vorgesehenen Verlust von 500'000 Franken nun einen Gewinn von 6,5 Mio. Franken zu machen, denn das wäre mit den netto 7 Mio. Franken Sanierungsbeiträgen möglich gewesen, welche die Stadt nun nicht leisten muss. Stattdessen hat der Stadtrat beschlossen, die Abschreibungen von 80 % auf 100 % zu erhöhen. Das führt dazu, dass auch der Selbstfinanzierungsgrad stärker ansteigt. Zudem wird eine Rückstellung für die Pensionskasse gebildet, und Ende 2014 wird der Stadtrat mit dem Grossen Stadtrat darüber diskutieren, ob diese Rückstellung über die Laufende Rechnung aufgelöst werden oder für schwierigere Zeiten der Pensionskasse bestehen bleiben soll. Aber das Resultat des Voranschlags 2014, das Defizit von 500'000 Franken, kam nicht dadurch zustande, dass die Stadt diese Sanierungsmassnahmen ein Jahr früher beenden kann.
Zu den Abschreibungen: Der Sprechende ist froh, dass die Interpellanten an der Dringlichkeit der Interpellation 138, Aktuelle Abschreibungspraxis der Stadt Luzern, nicht festgehalten haben, denn sonst hätte er hier eine Antwort herunterlesen müssen, die durch ihre Komplexität wahrscheinlich dazu geführt hätte, dass schon nach wenigen Minuten niemand mehr hätte folgen können. So hat man die Möglichkeit, die Interpellation ordentlich zu traktandieren und die Antwort vorgängig zu studieren. Die Abschreibungspraxis beruht auf einer einfachen Milchbüchleinrechnung: Von ihrem Anlagevermögen von 1,8 Mrd. Franken muss die Stadt im Durchschnitt 3 % abschreiben; das ergibt 45 Mio. Franken. Das entspricht dem Investitionsplafond: jährlich investiert die Stadt rund 45 Mio. Franken in Alterszentren oder in Schulhäuser. Der jährliche Abschreibungsbedarf der Stadt für alle ihre Infrastrukturen entspricht also etwa der Höhe des Investitionsplafonds, und darum werden 100 % vom Investitionsplafond abgeschrieben.
In den Voten der Fraktionen wurden die Kostentreiber in der Bildung und im Sozialen erwähnt: diese machen dem Stadtrat unglaublich grosse Sorgen. In Bezug auf den Bildungsbereich kann man bei der Analyse der Rechnung 2012 feststellen, dass nur schon ein Projekt, Deutsch als Zweitsprache, welches man aufgrund der kantonalen Verordnung durchführen muss, zu einer exorbitanten Kostensteigerung führte. Das macht der Stadt stark zu schaffen, und der Stadtrat sucht deshalb das Gespräch mit der Regierung, denn es ist jeweils frustrierend, dass alle Sparmassnahmen, welche der Stadtrat zusammen mit dem Parlament ergreift, durch solche Projekte wieder kompensiert werden, deren Kosten man damals, als dieses Gesetz auf kantonaler Ebene behandelt wurde, nicht vorausahnte. Es geht dem Sprechenden nicht darum, dem Kanton gegenüber zu jammern, sondern das ist einfach eine Feststellung.

Eine Präzisierung ist auch notwendig in Bezug auf die Sportstättenfinanzierung, welche Bestandteil des Massnahmenpaketes ist. Wäre die Sportstättenfinanzierung zustande gekommen, hätte die Stadt Luzern von den Gemeinden, welche die Infrastrukturen der Stadt benutzen, jährlich wiederkehrend 700'000 Franken erhalten. Das hätte zu einer Entlastung des Beitragswesens geführt. Im Massnahmenpaket hat der Stadtrat, noch bevor die Delegiertenver-

sammlung das Sportstättenkonzept abgelehnt hat, bereits nur 250'000 Franken eingestellt. Das ist der Betrag, welchen die Einwohnerinnen und Einwohner jener Gemeinden, die jetzt nicht mit der Stadt zusammen eine Lösung suchen, mehr bezahlen müssen.

Damit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 13/2013, Voranschlag 2014, eingetreten.

Detail

Keine Wortmeldungen ausser zum **Fond K und S, S. 155 f.**

Joseph Schärli unterstützt das Budget aus folgenden Gründen nicht: Einerseits heisst es, man müsse sparen, und andererseits schreibt man im Investitionsprogramm beispielsweise von den zusätzlichen Velounterständen, die gebaut werden sollen, obwohl nicht einmal die Velostation beim Bahnhof ausgelastet ist. Zudem stellt der Sprechende fest, dass verschiedene Beiträge auf S. 155 erhöht wurden oder neu dazukamen, z. B. der Beitrag für die Stiftung Gelbes Haus. Was ist das Gelbe Haus? Dafür werden neu 50'000 Franken eingesetzt. Auf der anderen Seite hat man den Beitrag für den Michaelshof einfach hinunter geschraubt. Das kann der Sprechende nicht verstehen. Für Lucerne Festival gibt es 10'000 Franken mehr, für Lucerne Blues Festival 15'000 Franken mehr, aber der Beitrag für die Musikgesellschaft Littau – wieder trifft es den Stadtteil Littau – wurde gestrichen (5'000 Franken). Die Stiftung Gelbes Haus erhält neu 50'000 Franken, Comix Preis neu 15'000 Franken; dann auf S. 156 der Fussball Club Luzern: vorher 10'000 Franken, jetzt 260'000 Franken; der Luzerner Stadtlauf 3'000 Franken mehr, der See-Club Luzern neu 75'000 Franken. Aber der Beitrag für den Michaelshof wurde herunter gestrichen. Der Sprechende selber und auch andere haben hier im Grossen Stadtrat mehrmals darauf hingewiesen, dass der Michaelshof auch von Vereinen und Organisationen aus dem Stadtkern oft benutzt wird, weil es auf Stadtgebiet ja kaum etwas Vergleichbares in dieser Grössenordnung gibt. Darum ist der Sprechende der Meinung, dass es falsch ist, den Betrag für den Michaelshof von 100'000 Franken auf 75'000 Franken zu reduzieren und dafür neuen oder anderen Organisationen mehr zu geben. Er hat deshalb in der GPK den Antrag gestellt, den Beitrag für den Michaelshof um 25'000 Franken auf 100'000 Franken zu erhöhen, und diese 25'000 Franken durch die Reduzierung von anderen Beiträgen zusammenzutragen, damit die Gesamtsumme ausgeglichen bleibt. Diesen Antrag stellt der Sprechende auch jetzt noch einmal.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Der Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport wird durch die Billettsteuern gespiesen, die zu 70 % in diesen Fonds fliessen und dann wiederum für Organisationen und Tätigkeiten im Kultur- und Sportbereich zur Verfügung stehen. Es handelt sich nicht um jährlich wiederkehrende Beiträge, sondern es muss jedes Mal erneut ein Gesuch gestellt werden.
Joseph Schärli hat diesen Antrag in der GPK so nicht gestellt, vielmehr wurde dort über die Streichung des Beitrags für die Stiftung Gelbes Haus diskutiert und abgestimmt, aber nicht über eine Aufstockung des Beitrags für den Michaelshof.

Joseph Schärli widerspricht; offenbar hat die Kommissionspräsidentin in der GPK nicht richtig zugehört. Der Sprechende hat diesen Antrag gestellt. Zur Billettsteuer will er einfach noch zu bedenken geben, dass auch der Michaelshof, wenn dort entsprechende Veranstaltungen stattfinden, eine Billettsteuer abliefert, was das Gelbe Haus wahrscheinlich nicht tut.

Ratspräsident Thomas Gmür bittet Joseph Schärli, in seinem Antrag klar zu formulieren, welche Beiträge er um wie viel kürzen will.

Joseph Schärli: Der Antrag lautet, für den Michaelshof einen Beitrag von 100'000 Franken einzusetzen, das heisst, den vorgesehenen Beitrag von 75'000 Franken um 25'000 Franken aufzustocken. Dafür sollen da und dort andere Beiträge, welche für das Jahr 2014 erhöht wurden, entsprechend reduziert werden, damit die Rechnung ausgeglichen ist. Der Sprechende stellt nicht den Antrag, dass man jetzt da einen bestimmten Posten streicht, sondern es soll dadurch zu einem Ausgleich kommen, dass man insbesondere bei den zusätzlichen neuen Beträgen diese 25'000 Franken wieder einspart.

Peter With hat irgendwo gehört, dass mit dem Michaelshof wieder Gespräche geführt wurden. Er möchte wissen, ob sich die Stadt und die Kirchgemeinde einigen konnten, und um welchen Betrag es sich allenfalls handelt.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst gibt zuerst eine Erklärung zur Stiftung Gelbes Haus. Das Gelbe Haus ist ein Gebäude, welches dem Kanton gehört und in welchem sich verschiedene Ateliers befinden, wo junge Leute, vor allem Abgängerinnen und Abgänger der Hochschule für Design & Kunst arbeiten. Früher war das Gebäude ein Personalhaus des Spitals. Die Sprechende denkt, dass in Bezug auf Kunst wahrscheinlich alle hier Anwesenden ihre eigenen Vorlieben haben, welche Bereiche sie lieber mit Geld unterstützen würden. Darum gibt es ja eben diesen Fonds mit seiner Fondsverwaltung, welche über die Anträge entscheidet und versucht, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Richtungen zu schaffen.
Zum Zentrum St. Michael: Am letzten Montag wurden die Verhandlungen definitiv abgeschlossen, und man hat bereits eine Vereinbarung unterschrieben. Der Stadtrat offerierte, als Beitrag für den Michaelshof in den nächsten drei Jahren je 75'000 Franken und nachher noch zwei Jahre je 50'000 Franken zu bezahlen, also insgesamt 325'000 Franken. Wie es dann nachher weitergeht, muss man in fünf Jahren wieder anschauen. Die römisch-katholische Kirchgemeinde ist mit dieser Vereinbarung einverstanden und hat unterschrieben. Es wurde auch eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, wie es der Grosse Stadtrat ja vom Stadtrat verlangt hat. Darin steht auch, dass es für Luzerner Vereine, die in diesem Zentrum Veranstaltungen durchführen, weiterhin Reduktionen gibt, und auch die Stadt Luzern die Möglichkeit hat, die Räumlichkeiten des Zentrums zu benutzen. Die Verhandlungen liefen sehr gesittet und geordnet ab, man ist im Guten auseinandergegangen. Ein Journalist hat sich zur Sprechenden anschliessend so geäussert, es sehe ein bisschen danach aus, als ob man gefeilscht habe. Die Sprechende meint, dass man das so sehen kann; man soll im Leben ja handeln, das

Verhandeln gehört auch dazu, und sie ist überzeugt, dass mit der gefundenen Lösung beide Seiten zufrieden sind.

Peter With stellt den Antrag, wenn der Michaelshof mit diesen 75'000 Franken zufrieden ist, die ja offenbar nicht jährlich wiederkehrend sind, diesen Betrag in den Fonds Kultur und Sport zu integrieren.

Ratspräsident Thomas Gmür fragt nach: Diese 75'000 Franken sollen also im Fonds Kultur und Sport eingesetzt werden und nicht beim Beitragswesen, wo der Betrag bisher drin war (S. 143)? Dann müsste die Kirchgemeinde aber jedes Mal der Fondsverwaltung ein Gesuch vorlegen. Der Grosse Stadtrat kann diesen Beitrag nicht einfach in den Fonds Kultur und Sport verschieben, wenn kein Gesuch vorliegt.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Der Stadtrat lehnt den Antrag von Peter With ab.

Sonja Döbeli Stirnemann verlangt eine Begründung für die Ablehnung des Stadtrats.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Der Fonds Kultur und Sport speist sich aus Billettsteuern; die Gelder, die so zusammenkommen, werden nachher wieder verteilt. Aus Sicht der Sprechenden wäre der Beitrag an den Michaelshof in diesem Fonds völlig am falschen Ort. Der Beitrag wird aus den allgemeinen Steuermitteln der Stadt entrichtet, und dabei soll es bleiben.

Peter With hätte gern ein bisschen mehr Informationen zu diesem Kultur- und Sportfonds, welcher ihm spätestens seit dem Budgetreferendum ein bisschen ans Herz gewachsen ist. Das Parlament muss ja die Summe der Beträge bestätigen. Aber wenn es dann auf den Inhalt der einzelnen Posten gar keinen Einfluss nehmen kann, dann fragt sich der Sprechende natürlich schon, wieso der Grosse Stadtrat überhaupt noch Ja oder Nein sagen muss.

Ratspräsident Thomas Gmür lässt über den Antrag von Peter With abstimmen, die 75'000 Franken für den Michaelshof in den Fonds Kultur und Sport hineinzunehmen.

Der Grosse Stadtrat lehnt diesen Antrag ab.

Ratspräsident Thomas Gmür bittet Joseph Schärli noch einmal, seinen Antrag konkret zu formulieren.

Joseph Schärli: Der Antrag lautet, den Beitrag für den Michaelshof von 75'000 Franken auf 100'000 Franken zu erhöhen. Damit sich für die Stadt dadurch aber keine Mehrkosten ergeben, soll der Stadtrat einige Beiträge auf den S. 155 f., welche man für das nächste Jahr erhöht hat, wieder entsprechend reduzieren. So ergäbe sich ein Ausgleich für die 25'000 Franken, welche der Michaelshof mehr erhält.

Ratspräsident Thomas Gmür: Der Antrag lautet also, im Beitragswesen den Beitrag für den Michaelshof von 75'000 Franken auf 100'000 Franken zu erhöhen und den Stadtrat zu ermächtigen, die zusätzlichen 25'000 Franken sonst irgendwo einzusparen?

Joseph Schärli bestätigt das; die Einsparung soll im Rahmen der Beiträge auf den S. 155 f. erfolgen.

Stadtpräsident Stefan Roth macht auf den Unterschied zwischen dem Beitragswesen (S. 140 ff.) und dem Fonds Kultur und Sport (S. 154 ff.) aufmerksam. Auf S. 154 oben ist der Grundauftrag des Fonds definiert: er „dient der allgemeinen finanziellen Unterstützung von Kultur und Sport". Der Beitrag für das Zentrum St. Michael ist aber ein Beitrag an eine Infrastruktur; darum gehört er in die Laufende Rechnung. Man sieht auf S. 155 auch, dass der Kulturteil des Fonds K und S im Jahr 2014 von der Substanz lebt, denn es ergibt sich ein Aufwandüberschuss von 20'300 Franken. Der Fondsbestand für den Kulturteil wird Ende 2014 gerade noch 49'651 Franken betragen (S. 154). Wenn also im Verlauf des Jahres 2014 irgendeine ausserordentliche Ausgabe hinzukommt, ist dieser Fonds geleert. Darum möchte der Sprechende beliebt machen, den Beitrag für den Michaelshof nicht auf 100'000 Franken zu erhöhen, sondern so zu lassen, wie er ausgehandelt wurde, denn die Kirchgemeinde hat dazu Ja gesagt und ist damit zufrieden. Sie hat ja riskiert, überhaupt nichts zu erhalten. Weil aber der Stadtrat den guten Willen gezeigt und die Gespräche nochmals aufgenommen hat, kam es jetzt zu dieser Einigung auf 325'000 Franken, über fünf Jahre hin verteilt. Deshalb bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrats, diese Vereinbarung nicht mehr in Frage zu stellen.
Zur Musikgesellschaft Littau, welche Joseph Schärli erwähnte, bemerkt der Sprechende Folgendes: sie liegt auch ihm sehr am Herzen. Dass für sie auf S. 155 kein Betrag mehr eingesetzt ist, erklärt sich daraus, dass sie neu beim Beitragswesen auf S. 142 im Konto 830 365.50, „Beiträge an verschiedene Institutionen", enthalten ist, wo insgesamt 20'000 Franken eingesetzt sind. Davon entfallen auf die Musikgesellschaft Littau 10'000 Franken, und notabene auch auf die Musikgesellschaft Reussbühl weiterhin 6'000 Franken.

Ratspräsident Thomas Gmür sieht, dass für den Michaelshof auf S. 143 für das Jahr 2014 ja überhaupt nichts eingesetzt ist. Somit würde der Antrag von Joseph Schärli bedeuten, nicht von 75'000 Franken auf 100'000 Franken zu erhöhen, sondern dass man von 0 Franken auf 100'000 Franken erhöhen müsste.

Joseph Schärli: Es wurde ja vorher gesagt, dass eine Verhandlung stattfand und der Stadtrat für das nächste Jahr 75'000 Franken zugesichert hat. Das nimmt der Sprechende jetzt als gegeben an. Deshalb hat er den Antrag so formuliert, dass man von 75'000 Franken auf 100'000 Franken erhöht, mit einer entsprechenden Reduktion von anderen Beiträgen.

Ratspräsident Thomas Gmür: Im Budget 2014 ist für den Michaelshof nichts budgetiert, aber die Stadt wird, wie Bildungsdirektorin Ursula Stämmer mitteilte, ab 2015 während drei Jahren je 75'000 Franken und danach noch zweimal je 50'000 Franken bezahlen. Für das nächste Jahr enthält das Budget nichts, und der Grosse Stadtrat stimmt jetzt über dieses Budget ab, mit 0 Franken für den Michaelshof.

Joseph Schärli: Woraus werden denn diese 75'000 Franken bezahlt?

Stadtpräsident Stefan Roth stellt klar: Diese 75'000 Franken können im Budget 2014 gar nicht enthalten sein, weil die Vereinbarung erst vorgestern unterschrieben wurde. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, den Betrag gemäss Gemeindeordnung Art. 60 (Nachtragskredite) Absatz 2c zu bewilligen. Bei der Rechnung 2014 muss man dann schauen, mit welcher Kompensation der Ausgleich geschaffen werden kann.

Ratspräsident Thomas Gmür macht Joseph Schärli beliebt, in einem Postulat zu verlangen, dass der Beitrag für den Michaelshof von 75'000 Franken auf 100'000 Franken erhöht werden solle.

Joseph Schärli zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmung über Ziffer I S. 174 f. (inklusive der Globalbudgets und politischen Leistungsaufträge für Heime und Alterssiedlungen, Volksschule, Tiefbauamt, Liegenschaften Finanzvermögen, Geoinformationszentrum):

Der Grosse Stadtrat stimmt der Ziffer I S. 174 f. mit 43 : 2 : 0 Stimmen zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme der Vorlage des Stadtrates betreffend den Voranschlag der Stadt Luzern, ferner des Antrages auf Bezug einer Gemeindesteuer und eines Feuerwehrpflichtersatzes, gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 68 lit. a und Art. 69 lit. a Ziff. 1 und lit. b Ziff. 10 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999, Art. 51a Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000 sowie Art. 11 des Reglements über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport vom 27. Juni 1991, beschliesst:

I.

1. Festsetzung des Voranschlages 2014 für die Laufende Rechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 757'893'970.– und einem Gesamtertrag von Fr. 757'358'570.–, somit einem

Aufwandüberschuss von Fr. 535'400.–,

darin enthalten:

a) die Globalbudgets von:
Heime und Alterssiedlungen
Nettokredit: Fr. 0.– (Ertrag Finanzbuchhaltung)

Volksschule
Nettokredit: Fr. 71'641'000.– (Mehraufwand Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 90'907'906.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Tiefbauamt
Nettokredit: Fr. 19'492'300.– (Mehraufwand Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 39'462'300.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Liegenschaften Finanzvermögen
Nettokredit: Fr. 5'107'100.– (Ertrag Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 2'878'001.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Geoinformationszentrum
Nettokredit: Fr. 401'000.– (Ertrag Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 377'490.– (Ertrag inkl. kalkulatorischer Kosten);

b) der Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport mit einem Gesamtaufwand von Fr. 3'732'800.– und einem Gesamtertrag von Fr. 3'745'000.–.
Kulturteil: Aufwand: Fr. 2'517'000.–, Ertrag: Fr. 2'496'700.–
gemäss S. 155 im Voranschlag
Sportteil: Aufwand: Fr. 1'215'800.–, Ertrag: Fr. 1'248'300.–
gemäss S. 156 im Voranschlag.

2. Festsetzung der politischen Leistungsaufträge von:

Heime und Alterssiedlungen	gemäss S. 33 im Voranschlag
Volksschule	gemäss S. 51 im Voranschlag
Tiefbauamt	gemäss S. 81 im Voranschlag
Liegenschaften Finanzvermögen	gemäss S. 106 im Voranschlag
Geoinformationszentrum	gemäss S. 115 im Voranschlag;

3. Festsetzung des Voranschlages 2014 für die Investitionsrechnung mit Bruttoausgaben von Fr. 58'468'700.–;

4. Festsetzung der Gemeindesteuer für das Jahr 2014 auf 1,85 Einheiten;

5. Festsetzung des Feuerwehrpflichtersatzes
   5.1 für verheiratete, in ungetrennter Ehe lebende Ersatzpflichtige, bei denen einer der Ehegatten der Ersatzabgabe nicht unterliegt, auf 1,1 ‰ des steuerbaren Einkommens, mindestens Fr. 10.– und maximal Fr. 133.35;
   5.2 für alle übrigen Ersatzpflichtigen auf 3,3 ‰ des steuerbaren Einkommens, mindestens Fr. 30.– und maximal Fr. 400.–;

6. Ermächtigung des Stadtrates für die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Finanzierung des städtischen Haushaltes gemäss Voranschlag 2014 für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung.

II.
Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

5. Dringliche Motion 123, Christian Hochstrasser und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 17. Oktober 2013: Aktienverkäufe von mehr als 10 % resp. bei Verlust der Mehrheitsbeteiligung dem fakultativen Referendum unterstellen

Der Stadtrat nimmt die Motion teilweise entgegen.

Christian Hochstrasser erklärt, dass die Motionäre mit der teilweisen Entgegennahme einverstanden sind.

Ratspräsident Thomas Gmür fragt, ob jemand an der vollständigen Überweisung festhält oder einen Ablehnungsantrag stellt.

Franziska Bitzi Staub stellt im eigenen Namen einen Ablehnungsantrag, da sie ja keine Zeit hatte, die Antwort, welche die Mitglieder des Grossen Stadtrats erst gestern erhalten haben, mit der Fraktion zu besprechen. In der Antwort fehlt die Erwähnung von Finanz- und Verwaltungsvermögen völlig. Diese Beteiligungen, insbesondere auch die Beteiligung an der zukünftig ausgelagerten HAS, befinden sich alle im Verwaltungsvermögen. Verwaltungsvermögen ist per Definition unveräusserlich. Das gehört unter anderem zur Definition von Verwaltungsvermögen. Die Sprechende versteht deshalb nicht, warum es überhaupt solche Regeln wie 10 % usw. braucht, da Verwaltungsvermögen grundsätzlich nicht veräusserbar ist. Darum lehnt sie auch die teilweise Überweisung ab.

Ratspräsident Thomas Gmür: Wenn niemand an der vollständigen Überweisung festhält, wird die Abstimmung nur noch über die teilweise Überweisung oder gar keine Überweisung stattfinden.

Christian Hochstrasser: „Niemand hat die Absicht, HAS jemals zu verkaufen." So könnte man in Anlehnung an ein Zitat kurz vor dem Bau der Berliner Mauer aus dem B+A zur Umwandlung der HAS formulieren. Das politische Bekenntnis des Stadtrats und die steuerlichen Vorteile, welche bestehen, wenn HAS zu 100 % der Stadt gehört, sprechen dafür, dass die HAS nicht verkauft wird. Die Motion 123 stellt den Willen des Stadtrats, HAS nicht zu verkaufen, nicht in Frage. Hinter der Motion steht lediglich die Überlegung, dass die Bevölkerung bei einem allfälligen Verkauf zu späterer Zeit die Möglichkeit haben sollte, sich zu wehren, falls sie das möchte. Einem solchen Verkauf müsste natürlich – dies zu Franziska Bitzi Staub – eine Verschiebung vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen vorausgehen, was ja auch in der Kompetenz des Grossen Stadtrats liegt. Die Bevölkerung müsste das Referendum nicht ergreifen, aber sie sollte die Möglichkeit haben, dies zu tun, wenn sie das Gefühl hat, es gehe gegen ihre politische Haltung, dass eine Unternehmung wie HAS, ewl oder vbl ganz oder teilweise verkauft wird. Heute ist es ja so, dass das Parlament auf Antrag des Stadtrats ewl oder vbl verkaufen könnte, ohne dass die Bevölkerung die Möglichkeit hätte, sich dagegen zu wehren. Ein solcher Verkauf liegt abschliessend in der Kompetenz des Grossen Stadtrats.

Die Überweisung dieser Motion ist für die G/JG-Fraktion auch zentral im Hinblick auf die Beurteilung der Vorlage zur Umwandlung der HAS. Ohne die Überweisung oder jetzt teilweise Überweisung der Motion kommt für die Fraktion eine Zustimmung zu dieser HAS-Vorlage auf keinen Fall in Frage. Die Kapitalsumme bei einem Teilverkauf einer dieser drei Gesellschaften ist je nachdem bedeutend höher, als das beim Finanzreferendum, welches die Bevölkerung ergreifen kann, der Fall ist. Es geht auch nicht um einfache Beteiligungen, sondern um strategisch wichtige Tochtergesellschaften, welche delegierte Aufgaben von höchster Bedeutung wahrnehmen.
Der Sprechende glaubt nicht, dass ein solches Referendumsrecht ein Problem wäre, wenn man für den Verkauf eines Anteils einer möglichen HAS AG oder der ewl oder vbl einen guten Grund aufzeigt, der z. B. darin liegen könnte, dass eine andere Gemeinde mit der Stadt kooperieren und sich deshalb an der Gesellschaft beteiligen möchte. Bei einer guten Begründung könnte man einen Teilverkauf sicher mehrheitsfähig machen und müsste sich vor der Bestimmung, dass die Bevölkerung das Referendum ergreifen kann, nicht fürchten. Es gibt aus Sicht der G/JG-Fraktion sowieso keine Gründe, vor der Bevölkerung Angst zu haben, und deshalb war die Fraktion auch ein bisschen kritisch gegenüber dem Vorschlag, ein Referendum erst bei einer Übertragung von mehr als 30 % des Kapitals vorzusehen. Die Fraktion kann sich aber der Meinung anschliessen, dass man beim Verkauf von mehr als 10 % bei einer kleinen, strategisch nicht so bedeutenden Aktiengesellschaft nicht zwingend das Referendum ergreifen können muss. Deshalb ist sie mit der teilweisen Überweisung der Motion einverstanden. Wenn die Aktiengesellschaft zu wenig relevant ist, dann muss das Referendumsrecht

auch nicht ermöglicht werden, aber für die Aufgaben von höchster Bedeutung und somit für HAS, ewl und vbl muss es gesichert sein.
Auch die Überlegungen zur Sperrminorität sind für die G/JG-Fraktion nachvollziehbar. Wenn dieser B+A dann ausgearbeitet ist und in der entsprechenden Kommission behandelt wird, müsste man sich allenfalls überlegen, ob es nicht die bessere Lösung wäre festzulegen, dass mehr als 66,6 % im Besitz der Stadt verbleiben müssen. Denn zu einer Übertragung von mehr als 30 % des Kapitals könnte es ja auch kommen, indem diese tranchiert wird, sodass einmal 20 % des Kapitals verkauft würde, und dann, ein paar Jahre später, noch einmal 20 %. So würde man eigentlich am Volk vorbei verkaufen, ohne dass sich dieses dagegen wehren könnte. Man müsste eigentlich regeln, dass die Stadt die absolute Mehrheit behält.

Marcel Lingg: Die Motion verfolgt das Ziel, die jetzigen Bestimmungen in der Gemeindeordnung zu präzisieren. Zu Franziska Bitzi Staub bemerkt der Sprechende, dass es auch bisher schon gemäss Gemeindeordnung zu Verkäufen von Verwaltungsvermögen kommen konnte. Neu ist einfach die Forderung dieser Motion, dass nicht mehr das Parlament abschliessend darüber entscheidet, sondern auch ein fakultatives Referendum möglich wäre. Die teilweise Überweisung bezieht sich dabei auf andere Zahlen, was die Anteile betrifft. Die SVP-Fraktion hätte auch einer vollständigen Überweisung zugestimmt, aber da die G/JG-Fraktion nicht daran festhält, will die SVP-Fraktion nicht einen eigenen Antrag stellen und die Grünen quasi überholen. In diesem Sinn stimmt die SVP-Fraktion der teilweisen Überweisung zu. Damit ist ja noch gar nichts entschieden, sondern der Stadtrat erhält jetzt einfach den Auftrag, einen entsprechenden B+A auszuarbeiten, und alle Detailfragen kann man dann zuerst in der vorberatenden Kommission und anschliessend im Parlament verhandeln und beschliessen. Wichtig ist, dass man dem Stadtrat jetzt den Auftrag gibt, dieses Unbehagen hauptsächlich von Seiten der Linksparteien, aber zugegebenermassen auch von Seiten der SVP-Fraktion, aufzunehmen und dem Parlament einen entsprechenden B+A vorzulegen.

Laura Grüter Bachmann glaubt auch, dass es wichtig ist, dieses Unbehagen aufzunehmen. Das hat auch der Stadtrat erkannt. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung, dass ein Verkauf von Aktien einer ausgelagerten HAS oder der ewl oder vbl ein sensibler strategischer Entscheid wäre. Aber die ursprüngliche Forderung der G/JG-Fraktion, bereits ab 10 % das fakultative Referendum zu ermöglichen, wäre unrealistisch gewesen und zu weit gegangen, denn 10 % sind bei einer Hallenbad AG oder bei einer Lido AG dann nur noch 10'000 Franken. Der Vorschlag des Stadtrats scheint der FDP-Fraktion eine sinnvolle Lösung, weil die Stadt so die volle Verfügungsgewalt über die Aktiengesellschaft behalten wird. Die FDP-Fraktion unterstützt also die teilweise Entgegennahme durch den Stadtrat. Wenn man vor der Abstimmung jetzt die Pause machen könnte, dann hätte man noch Gelegenheit, die Frage von Franziska Bitzi Staub bezüglich Verwaltungs- oder Finanzvermögen definitiv zu klären.

Melanie Setz Isenegger: Grundsätzlich ist die SP/JUSO-Fraktion gegen Verkäufe von irgendwelchen Anteilen bei so wichtigen Gesellschaften wie ewl, vbl, oder dann einer vielleicht ausgelagerten HAS. Darum möchte die Fraktion grundsätzlich auch, dass nur schon 1 % der

Stimmbevölkerung vorgelegt werden müsste. Sie sieht aber, dass das vor allem bei anderen Beteiligungen der Stadt nicht sinnvoll ist. Darum ist die SP/JUSO-Fraktion mit einer teilweisen Entgegennahme einverstanden.

Franziska Bitzi Staub will ihre Frage noch präzisieren: Sie möchte gern von Seiten des Stadtrats hören, ob es überhaupt möglich ist, eine Beteiligung von höchster Bedeutung gemäss Reglement im Finanzvermögen zu führen und somit zu veräussern. Wenn das nämlich nicht der Fall ist, dann ist diese Motion sozusagen toter Buchstabe und wird gar nie zur Anwendung kommen. Dann spielt es auch keine Rolle, ob man sie vollständig, teilweise oder gar nicht überweist, denn sie wird nachher sowieso keine Auswirkungen haben. Der Sprecher der G/JG-Fraktion hat gedroht, das ganze HAS-Geschäft sei gefährdet, wenn die Motion nicht überwiesen würde. Diese Verantwortung möchte die Sprechende nicht auf sich laden. Weil also die Motion wie gesagt eventuell in der Realität gar keine Relevanz haben wird, hält die Sprechende an ihrem Ablehnungsantrag nicht fest. Sie möchte jedoch von Seiten des Stadtrats noch diese Präzisierung, und vielleicht könnte man dann die Pause machen, um in der Fraktion noch kurz über die Antwort zu sprechen.

Stadtpräsident Stefan Roth: Sollte es je einmal der Fall sein, dass die Stadt bei der ausgelagerten HAS, bei der ewl oder vbl einen Teil der Aktien verkaufen möchte, dann wird der B+A zu diesem Verkauf auch den Antrag enthalten, die Umwandlung vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen vorzunehmen. Das wäre dann der erste Schritt, den das Parlament machen müsste. Erst wenn dieser Schritt vollzogen wäre, könnte ein Verkauf überhaupt in Frage kommen.

Franziska Bitzi Staub hat noch folgende Zusatzfrage: Das würde aber bedeuten, dass es keine Beteiligung von höchster Bedeutung mehr wäre, denn sonst würde man das ja wahrscheinlich nicht machen?

Christian Hochstrasser: Man kann sich durchaus den Fall vorstellen, dass später einmal der Stadtrat oder das Parlament zum Schluss kommen, eine Aufgabe sei nicht mehr von höchster strategischer Bedeutung, und dann die Umwandlung vom Verwaltungsvermögen zum Finanzvermögen vornehmen und einen Verkauf ermöglichen. Es ist das Anliegen der G/JG-Fraktion, dass man das verhindern kann, wenn man will. Diese Umwandlung respektive diese Deklassierung von einer höchsten strategischen Bedeutung zu einer weniger hohen ist natürlich ein politischer Entscheid. Die G/JG-Fraktion möchte einfach, dass man sich dagegen wehren kann, falls man der Überzeugung ist, man müsse sich dagegen wehren. Ob die verschiedenen Schritte – Deklassierung der Aufgabe, Verschiebung ins Finanzvermögen und Verkauf – nun nacheinander oder gleichzeitig gemacht werden, spielt dabei keine Rolle. Die G/JG-Fraktion möchte sich oder irgendjemand anderem, der sich wehren will, einfach die Möglichkeit offenhalten, dass man einen solchen Verkauf von der Bevölkerung her mit einem Referendum bekämpfen kann.

Ratspräsident Thomas Gmür: Da Franziska Bitzi Staub ihren Ablehnungsantrag zurückgezogen hat und keine anderen Anträge gestellt wurden, ist die Motion 123 somit teilweise überwiesen.

Die Motion 123 ist somit teilweise überwiesen.

– Dringliches Postulat 135, Rieska Dommann namens der FDP-Fraktion, vom 13. November 2013: Parkplatzkompromiss im Hirschmattquartier

Der Stadtrat nimmt das dringliche Postulat teilweise entgegen.

Rieska Dommann: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die positive Aufnahme dieses Vorstosses. Sie ist mit der teilweisen Entgegennahme grundsätzlich einverstanden. Generell bedauert die Fraktion, dass der Stadtrat dem Parlament einen B+A unterbreitet, der einen derart grossen, massiven Abbau von Parkplätzen vorsieht, ohne vorher von sich aus Lösungen aufzuzeigen und auch vorzuschlagen. Die FDP-Fraktion nimmt den Stadtrat beim Wort und erwartet, dass er sich für eine Kompensation auch tatsächlich einsetzen wird.

Aus dem Grossen Stadtrat hält niemand an der vollständigen Überweisung fest, und niemand beantragt eine Ablehnung des Postulats.

Somit hat der Grosse Stadtrat das Postulat 135 teilweise überwiesen.

6. Motion 32, Franziska Bitzi Staub namens der CVP-Fraktion, vom 10. Januar 2013: Die Stadt braucht eine neue Schuldenbremse

Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Christian Hochstrasser: Die G/JG-Fraktion beantragt, diese Motion abzulehnen. Schon als der Sprechende sie vor fast einem Jahr las, haben ihn gewisse Formulierungen darin ziemlich enerviert. Er kommt jetzt nicht darum herum, diese zu erwähnen. Zuerst die Frage der Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeit bedeutet nicht, da einmal sozial, da einmal ökologisch, da einmal wirtschaftlich, sondern es geht um eine integrale Betrachtungsweise. Die wirtschaftliche Dimension der Nachhaltigkeit besteht übrigens auch nicht einfach in mehr Einnahmen oder in weniger Schulden für den Staat. Sondern die wirtschaftliche Nachhaltigkeit steht im Zusammenhang damit, dass es Jobs gibt, dass die Leute ein Einkommen haben, dass der Wohlstand und die Wohlfahrt in der Stadt Luzern hoch sind. Ob die Schulden der öffentlichen Hand tiefer oder höher sind, ist eigentlich eher eine gesellschaftliche Frage. Die G/JG-Fraktion ist aber

mit dem Grundanliegen der Motion einverstanden: die Schulden, welche man der nächsten Generation überlässt, sollten so tief wie möglich sein. Aber nicht getätigte Investitionen wirken sich genauso auf die nächste Generation aus. Schulden allein sagen eigentlich gar nichts aus. Es ist immer die Frage der Dimension: welche Aktiven stehen zur Verfügung, welcher Investitionsbedarf besteht, welche Leistungen muss die Stadt erfüllen. In der Antwort des Stadtrats wird auch beschrieben, dass die Investitionen nicht vergessen gehen dürfen. Wenn man dieser Motion zustimmt, dann führt das dazu, dass der Handlungsspielraum der Stadt eingeschränkt wird. Die G/JG-Fraktion findet diese Schuldenbremse im Grunde genommen nicht nötig, denn die Diskussion über die Finanzplanung zeigte, dass es eine Strategie gibt, wieder Eigenkapital zu bilden und Schulden abzubauen. Die neusten Massnahmen in diesem Zusammenhang wurden ja vor wenigen Tagen präsentiert. Zudem bestehen bereits ähnliche Regeln, die vom Kanton vorgegeben sind. Da wird bemängelt, dass die Konsequenzen, wenn man gegen diese Regeln verstösst, zu schwach sind. Aber man muss sich schon bewusst sein, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrats und der Stadtrat die Verantwortung auch für die Finanzen und für die Verschuldung der Stadt Luzern tragen und auch tragen müssen, und dass sie sich deshalb entsprechend an diese Regeln halten müssen. Man darf aber auch nicht in Panik verfallen: auch wenn die Finanzsituation der Stadt angespannt ist, ist die Stadt Luzern noch weit entfernt von Geschichten, wie sie in Leukerbad geschehen sind, wo dann plötzlich der Kanton eine Gemeinde zwangsverwalten musste, weil sie dermassen in einen Schlamassel hineingeraten war. Die Stadt Luzern muss aber aufpassen, und das tut sie auch. Das zeigt sich ja auch an dieser Strategie, welche sie für die nächsten Jahre im Zusammenhang mit der Finanzplanung hat. Ob man dabei mit allen Einzelheiten einverstanden ist oder nicht, spielt nicht einmal eine solche Rolle, denn die Richtung stimmt: man will wieder mehr Eigenkapital, und die Verschuldung muss zurückgehen.
Im Zusammenhang mit Schuldenbremsen stellt sich auch immer die Frage des Investitionsplafonds. Die Investitionen haben mit den Schulden zu tun: wenn man investiert, macht man höhere Schulden; wer sich am Markt Kapital beschafft, um damit nötige Investitionen zu tätigen, der verschuldet sich, aber er macht eigentlich etwas, das sinnvoll ist und auch nachhaltig wirken kann. Die Höhe des Investitionsplafonds der Stadt Luzern ist etwas, was für die nächste Generation sehr wichtig ist. Man muss diesen Investitionsplafond mit anderen Städten und mit den Aufgaben, welche die Stadt Luzern hat, vergleichen. Im Zusammenhang mit dem Investitionsplafond gibt es eigentlich noch kein Instrument. Es gibt verschuldungstechnische Instrumente, es gibt Instrumente für den Selbstfinanzierungsgrad, aber nicht getätigte Investitionen, die nötig wären, werden nirgends kontrolliert und überwacht. In diesem Zusammenhang hat die G/JG-Fraktion vor einigen Tagen eine Motion eingereicht, welche fordert, den Investitionsplafond der Stadt Luzern mit demjenigen anderer öffentlicher Hände zu vergleichen und die Aufgaben, welche die Stadt hat, zu überprüfen, sodass man dort allenfalls eine Anpassung vorschlagen kann.

Franziska Bitzi Staub ist etwas überrascht, dass sie zu diesem Thema sprechen kann; sie hat nicht damit gerechnet, dass man diese Motion überhaupt ablehnen will, und sie findet das eigentlich auch ziemlich verantwortungslos.

Eine Vernachlässigung von Investitionen – da gibt es gar keine Differenz zu Christian Hochstrasser – ist sehr wohl auch etwas, was man mit einer klugen Finanzplanung verhindern muss. Der laufende Unterhalt oder die nötigen Investitionen dürfen nicht vernachlässigt werden; das wäre die falsche Art und Weise zu sparen. Aber die Schuldenbremse ist in der Kantonsverfassung vorgegeben, und deshalb versteht die Sprechende nicht, wie Christian Hochstrasser dagegen sein kann. In Paragraf 76 Absatz 2 steht: „Das Gesetz stellt sicher, dass die Finanzhaushalte von Kanton und Gemeinden ausgeglichen sind und allfällige Fehlbeträge innert einer angemessenen Frist abgetragen werden." Allfällige Schulden müssen also innert einer angemessenen Zeit abgebaut werden, und dafür braucht es gewisse Regeln. Die Stadt hat zwar solche, aber sie genügen nicht, sie sind nicht griffig. Auch die kantonalen Bestimmungen im Gemeindegesetz sind leider ungenügend. Diese werden, wie in der Antwort des Stadtrats zu lesen ist, auf das Jahr 2018 hin überarbeitet. Die Sprechende wollte mit ihrer Motion aber, dass der Stadtrat sich jetzt unter Einbezug eines Think Tanks auf die Stadt zugeschnittene Lösungen überlegt, denn die Stadt hat jetzt ein Problem, wie man ja gerade bei der Diskussion über die Finanzplanung wieder sah. Die Sprechende möchte keineswegs, dass man die Investitionen vernachlässigt, sondern dass man auch dieses Problem im Zusammenhang mit einer umfassenden Finanzplanung genau anschaut und somit dem Verfassungsauftrag Genüge tut.
Nach Ansicht der Sprechenden ist es auch undemokratisch, gegen eine Schuldenbremse zu sein. Die Luzerner Bevölkerung hat im Jahr 2000 mit über 80 % der Schuldenbremse zugestimmt. Es gibt also eine Schuldenbremse, aber die Frage ist, wie sie konkret für die Stadt Luzern umgesetzt wird, wie sie der Stadt angemessen ist. Inhaltlich ist die Sprechende von der Antwort des Stadtrats ein bisschen enttäuscht, weil er das Anliegen einfach auf die nächste Legislatur vertagt und sagt, er wolle schauen, was der Kanton Neues bringt. Die kantonalen Bestimmungen müssen sowohl auf ganz kleine Gemeinden mit ein paar hundert Einwohnern genauso wie auf die Stadt Luzern anwendbar sein, und darum ist zu erwarten, dass sie eher unscharf gehalten sind. Die Investitionen und Projekte der Stadt sind kaum mit denjenigen einer Landgemeinde vergleichbar. Darum hätte die Sprechende sich ein bisschen konkretere, griffigere Lösungen vorgestellt. Aber wie gesagt ist es für sie unverständlich, wie man gegen dieses Anliegen sein kann. Sie hält natürlich an der Motion fest.

Daniel Furrer: Auf den ersten Blick beruht eine Schuldenbremse auf einer bestechenden logischen Argumentation: Man gibt nicht mehr aus, als man einnimmt. Das leuchtet ein, zumal man sich ja auch im privaten Bereich so verhalten sollte, es aber nicht immer tut. Wie eben im richtigen Leben auch gibt es in diesem Bereich nicht einfach nur schwarz und weiss. Oder wie soll man sonst erklären, dass die Schweizer einerseits mit rund 90'000 Franken pro Kopf die höchste private Verschuldung weltweit aufweisen, andererseits aber eine Lebensqualität geniessen, um welche sie die meisten anderen Länder beneiden?

Auf Bundesebene kann eine Schuldenbremse ja noch Sinn machen und im Ansatz nachvollziehbar sein, weil da die direkt-demokratische Ausgabenbremse des Finanzreferendums fehlt. Aber schon auf kantonaler Ebene ist sie höchst fraglich. Definitiv keinen Sinn mehr macht

dieses komplexe Instrument aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion auf der kommunalen Ebene. Darum hat es sich schweizweit da auch nicht durchgesetzt. Warum macht es wenig Sinn, eine Schuldenbremse einzuführen?
Erstens, weil dadurch eine extreme Fokussierung auf den Budgetierungsprozess stattfindet. Der Voranschlag, der mit Annahmen auf der Einnahmen- wie Ausgabenseite gespickt ist, bekommt eine viel zu starke Bedeutung. Im Budget hängt vieles von der Einschätzung künftiger, oft sehr ungewisser Faktoren ab. Auf Bundesebene bestehen da die nötigen Ressourcen und einigermassen verlässliche Kennzahlen wie das Bundes-BIP, um konjunkturelle und andere Entwicklungen abzuschätzen. Analoge Zahlen sind auf kantonaler Ebene kaum vorhanden, und die Gemeinden kennen das überhaupt nicht. Darum ist eine Schuldenbremse im kommunalen Budgetierungsprozess unsinnig und kaum seriös anzuwenden, zumal ein grosser Teil der Einnahmen- und Ausgabenpositionen nicht nur von der konjunkturellen Entwicklung abhängt, sondern auch noch von zahlreichen Faktoren, die auf den übergeordneten Staatsebenen Kanton und Bund bestimmt werden.
Zweitens ist das Instrument der Schuldenbremse sehr komplex und technisch. Die Gefahr ist gross, dass man sich zukünftig lieber über die technisch korrekte Anwendung streitet, statt über den eigentlichen Sinn von Leistungen und Investitionen zu diskutieren. Hier tragen die Politikerinnen und Politiker auch weiterhin die Verantwortung und können diese nicht einfach einem ausgeklügelten System abtreten.
Drittens liegt die Schwäche von Schuldenbremsen in ihrer Starrheit bei ausserordentlichen Situationen. Da kann die öffentliche Hand kaum mehr reagieren. Sie kann insbesondere nicht mehr als antizyklisches Korrektiv funktionieren, und es besteht die Gefahr, dass sie zum prozyklischen Treiber wird und wichtige Investitionen vernachlässigt.
Verschuldung, sprich die Aufnahme von Fremdkapital, kann man aus ökonomischer Sicht weder grundsätzlich als gut noch als schlecht bezeichnen. Es kommt schlussendlich immer darauf an, was der Schuldner mit dem aufgenommenen Geld macht und in welchem Verhältnis zu seiner finanziellen Leistungsfähigkeit es steht. Die Schuldenbremse verbietet aber, was für erfolgreiche Unternehmen und beispielsweise für Liegenschaftsbesitzer selbstverständlich ist.
Viertens ginge eine Schuldenbremse nur dann halbwegs auf, wenn sie wenigstens symmetrisch wäre, das heisst, wenn bei einem Defizit Ausgabenkürzungen und Einnahmenerhöhungen als gleichwertige Massnahmen in Frage kommen, und bei einem Überschuss Ausgabenerhöhungen gleichwertig sind wie Einnahmenkürzungen. Das entspricht aber nicht der Realität, vor allem nicht in einem Parlament mit bürgerlicher Mehrheit.
Der Sprechende bittet darum die Ratsmitglieder, die Verantwortung für die Finanzen der Stadt nicht an ein komplexes und sehr technisches Instrument abzuwälzen. Sie müssen auch in Zukunft darüber diskutieren können, ob die Stadt gewisse Leistungen anbieten oder auf sie verzichten soll. Dasselbe gilt für Investitionen in die Infrastruktur. Dabei soll natürlich auch die Frage der Finanzierbarkeit eine wesentliche Rolle spielen. Aber schliesslich haben die Ratsmitglieder und die Stimmbevölkerung diesbezüglich jederzeit die Möglichkeit einzugreifen.
In seiner Antwort zur Motion schreibt der Stadtrat ein bisschen vage, er sei „bereit, dem Rat eine Vorlage mit Änderungen der finanzrechtlich relevanten Bestimmungen des Reglements

über den Finanzhaushalt vorzulegen." Es bleibt offen, was er damit genau meint. Die Schuldenbremse als Instrument der Finanzpolitik lehnt die SP/JUSO-Fraktion aber entschieden ab.

Laura Kopp: Die Motion fordert eine duale Schuldenbremse, das heisst, sie fordert eine Schuldenbremse auf der Erfolgsrechnung und auf der Investitionsrechnung. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist eine Schuldenbremse sicher sinnvoll, aber nur auf der Erfolgsrechnung. Es macht keinen Sinn, auch noch auf der Investitionsrechnung eine Schuldenbremse einzuführen, weil die Investitionen in der Erfolgsrechnung berücksichtigt sind, nämlich durch die Abschreibungen. Die GLP-Fraktion würde es ganz klar ablehnen, wenn die Schuldenbremse in der Art ausgestaltet würde, dass sie auch die Investitionsrechnung beeinflusst. Das schreibt ja auch der Stadtrat in seiner Antwort, dass die Schuldenbremse nötige Investitionen nicht verhindern darf.
Aber natürlich hat auch die GLP-Fraktion ein finanzpolitisches Gewissen und unterstützt das Anliegen, dass die Stadt sich finanzpolitisch gut aufstellt. Darum ist sie für die Überweisung dieser Motion.

Sonja Döbeli Stirnemann: Auch die FDP-Fraktion unterstützt diese Motion, denn für sie sind gesunde Finanzen absolut grundlegend. Darum haben schon 2008 Grossstadtrat Christoph Brun und die Sprechende eine Motion zur Schuldenbremse eingereicht, welche leider damals keine parlamentarische Mehrheit fand. Jetzt hat offenbar bei einigen in diesem Parlament ein Umschwung stattgefunden, sodass auch sie jetzt eine Schuldenbremse als etwas Sinnvolles betrachten. So hofft die Sprechende, dass sich dieses Mal eine Mehrheit für ein solches Instrument ergibt. Es geht um die Verantwortung, welche man gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt hat, dass mit dem Geld richtig umgegangen wird. Die Stadt darf nicht einfach Schulden machen, und die nächste Generation soll dann schauen, wie sie damit zurechtkommt. Die jetzige Generation muss ihre Verantwortung wahrnehmen. Die FDP-Fraktion wird der Motion zustimmen und hofft, dass sich dieses Mal eine Mehrheit ergibt.

Franziska Bitzi Staub: Daniel Furrer hat ein sehr umfassendes Votum abgegeben, aber die Sprechende denkt, dass darin auch einige verfassungswidrige Aspekte enthalten waren, denn die Verfassung schreibt den Gemeinden ja eine Schuldenbremse vor. Es geht in der Diskussion jetzt nicht darum, ob es eine Schuldenbremse geben soll oder nicht, sondern es geht, wie ja auch der Titel der Motion klarstellt, um eine neue Schuldenbremse. Damit ist eben eine Schuldenbremse gemeint, die dieser Stadt angemessen ist. Wenn man den Vorstoss bis ganz zum Schluss liest und sich nicht gleich schon beim Titel auf eine ablehnende Haltung versteift, dann würde man sehen, dass genau davon die Rede ist, der Staat solle nicht in rezessiven Zeiten gleichzeitig auch noch sparen, sondern er solle sich entgegen den Konjunkturzyklen verhalten können. Dazu braucht es eben eine mehrjährige Schuldenbremse, eine, die nachhaltig wirkt und verhindert, dass man heute auf Kosten der nächsten Generation lebt.
Die Sprechende glaubt, dass die Diskussion jetzt ein bisschen ideologisch geführt wurde, aber eigentlich kann man die Verfassung nicht abändern, sondern man kann nur sagen, man wolle für die Stadt eine neue Ausgestaltung der Schuldenbremse.

Christian Hochstrasser: Wie Franziska Bitzi Staub sagte, steht die Schuldenbremse ja schon in der Verfassung, und aus diesem Grund hat der Sprechende das Gefühl, es brauche eigentlich nicht noch mehr. Er ist auch beruhigt darüber, was jetzt über die Investitionen gesagt wurde, denn in der Motion steht nur: „Wir verlangen deshalb für die Stadt Luzern eine verbindliche neue Schuldenbremse. Sie soll dual ausgestaltet sein, d. h. sich sowohl auf die Erfolgsrechnung wie auch auf die Investitionsrechnung beziehen." Die Investitionen werden eben in der Motion nur im Zusammenhang mit zusätzlichen Schulden thematisiert. Es ist also gut, wenn Franziska Bitzi Staub einräumt, man dürfe die nötigen Investitionen nicht vergessen, aber diese Ansicht ist eben in der Motion nicht verankert.
Noch eine kleine Randbemerkung: Die Konjunktur durch die Staatsausgaben auszugleichen, das bezeichnet man als sozialistisches Konzept, das wurde vom Ökonomen Keynes geprägt. Der Sprechende findet es interessant, dass das in der Wahrnehmung von Franziska Bitzi Staub eine hohe Beachtung findet.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 32.

7. Beschlussesantrag 111, Daniel Wettstein und Reto Kessler namens der FDP-Fraktion, vom 22. August 2013: Schaffung einer ständigen parlamentarischen Kommission „Verkehr"

Der Stadtrat beantragt dem Parlament, den Beschlussesantrag abzulehnen.

Daniel Wettstein dankt für die Antwort des Stadtrats und für die Besprechung in der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrats. Die Antragsteller nehmen erfreut wahr, dass seit dem Sommer verkehrsdiskussionsmässig etwas in Bewegung gekommen ist. Das von ihnen manifestierte Unbehagen über die Informations- und Diskussionsabläufe in Sachen Verkehr wird immerhin jetzt zur Kenntnis genommen und aktiv bearbeitet.
Die FDP-Fraktion hat mit diesem Beschlussesantrag bewusst einen klaren Maximal-Antrag gestellt. Sie ist auf jeden Fall keineswegs überrascht, dass der Antrag weder vom Stadtrat noch vom Parlament unterstützt wird. Sie kann sich durchaus auch andere Modelle vorstellen. Sie nimmt dankend zur Kenntnis, dass sich der Stadtrat die Bildung einer Spezialkommission vorstellen kann – das steht im letzten Abschnitt der Antwort – und würde ihn dann auch gern beim Wort nehmen.
Die Fraktion hält aber trotzdem am Antrag fest. Warum?
Die Verkehrsfragen sind für die Stadt derart zentral, dass die FDP-Fraktion nicht einfach Ja sagen kann, wenn man auf dem bisherigen Weg, so quasi „business as usual", fortfährt. Die Fraktion erachtet das heutige Konzept mit der „beratenden" Verkehrskommission VKL als nicht ganz genügend. Dazu einige Bemerkungen:
Der Sprechende hat sich die Mühe gemacht, die Protokolle der letzten vier Sitzungen der VKL etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Möglicherweise setzt er sich da irgendwelchen

juristischen Problemen aus, aber bekanntlich lässt sich der Pelz nicht waschen, ohne dass er nass wird. Die Verkehrskommission arbeitet sicher nach besten Möglichkeiten und soll vom Sprechenden hier weder ad personam noch als Ganzes kritisiert werden. Sie besteht, wenn der Sprechende richtig zählt, jeweils aus zirka 20 bis 25 Personen. Das hängt auch davon ab, wer noch zusätzlich von den Ämtern und Dienststellen dazukommt. Es ergibt sich also eine Gremiumsgrösse, in welcher das Diskutieren sicher nicht ganz einfach ist. Das kann man auch an den Voten ablesen, die relativ dünn gesät sind. Eine grossstadträtliche Kommission ist viel kleiner und darum für Diskussionen besser geeignet.
Die VKL hat 2013 vier Sitzungen à 2 Stunden. Die Antragsteller sind der Ansicht, dass das dem Verkehrsthema nicht ganz gerecht werden kann. Eine grossstadträtliche Kommission trifft sich zirka zehnmal jeweils halb- oder ganztägig. Der Sprechende weiss, dass dieser Vergleich nicht ganz fair ist, denn in den Parlamentskommissionen gibt es auch mehr Geschäfte zu behandeln. Aber es besteht eben doch ein gewisses Missverhältnis.
Weiter kann man sehen, dass die Vertraulichkeit in der VKL praktisch immer wieder thematisiert wird oder wenigstens einen Hinweis wert ist. Das verwundert ein bisschen. Wenn man argumentiert, dass eine Diskussion ausserhalb der Kommission, bevor ein B+A vorliegt, nicht opportun ist, dann kann es auch nicht zu einer breiten Abstützung kommen. In den Parlamentskommissionen werden Themen des Öfteren, lange bevor ein B+A konkret vorliegt, aufgenommen.
Zu diversen Themen werden in der VKL Unterlagen eigentlich nur an der Sitzung und/oder temporär verteilt. Eine Abgabe vorher wird als möglicherweise zu heikel eingestuft. In einer Parlamentskommission wäre ein solches Vorgehen sicher nicht praktikabel.
Noch ein letzter Punkt: Der Hinweis auf die Zuständigkeit Stadt-Kanton steht natürlich oft im Raum. Wenn dann aber eine Massnahme auf einer kantonalen Strasse, wo klar die Zuständigkeit des Kantons gegeben ist, direkt mit einer Massnahme auf einer städtischen Strasse verbunden ist, dann steht man fast vor dem Problem der Quadratur des Kreises, wie man nun vorgehen soll.
Oft heisst es auch, das gehöre jetzt nicht hierher, das sei ein politisches Thema. Dem Sprechenden fehlen dann aber Hinweise, wie es denn politisch weitergehen soll.
Also nochmals: Die FDP-Fraktion wünscht sicher nicht einfach eine neue Kommission, weil sie Freude an zusätzlichen Sitzungen und Kommissionen hat. Die Fraktion ist aber nach wie vor der Meinung, dass das heutige Regime zwar formell den normalen Standards entspricht, aber eigentlich den Herausforderungen im Bereich Verkehr nicht ganz gerecht wird. Da der Antrag der Fraktion aber sicher keine Mehrheit finden wird, wird sie auf jeden Fall ein wachsames Auge auf die Behandlung dieser Verkehrsfragen haben und entsprechend reagieren. Die Möglichkeit einer Spezialkommission steht jedenfalls für die Fraktion weit oben auf der Wunschliste, und vielleicht kann sich dann die eine oder andere Fraktion ebenfalls dafür erwärmen.

Roger Sonderegger: Daniel Wettstein hat es richtig geahnt: Die CVP-Fraktion unterstützt diesen Beschlussesantrag nicht. Nicht nur, weil es schon die VKL und die parlamentarische Baukommission gibt, sondern weil die Fraktion ganz generell der Ansicht ist, dass es so richtig

aufgestellt ist. Der Sprechende denkt, dass es eigentlich nicht um ein strukturelles Problem geht, wie diese Kommissionen organisiert sind, sondern eher um ein Kommunikationsdefizit in der Vergangenheit, welches jetzt da aufscheint. Einerseits ein Kommunikationsdefizit des Stadtrats der Öffentlichkeit gegenüber und auch dem Parlament gegenüber – das hat auch der Stadtrat selber erkannt und so geäussert –, und andererseits ein Kommunikationsdefizit zwischen der stadträtlichen Verkehrskommission und der Baukommission. Eigentlich ist vorgesehen, dass die Kommunikation zwischen diesen beiden Kommissionen in den Fraktionen stattfindet. Jetzt funktioniert das vielleicht nicht überall so. Übrigens sieht das Reglement der VKL auch vor, dass der Vizepräsident der Baukommission Präsident der Verkehrskommission wäre. Eigentlich wäre die Verbindung dort sichergestellt. Der Umstand, dass die Kommunikation nicht richtig funktionierte, führte wahrscheinlich zu diesem Vorstoss und vielleicht auch dazu, dass dem Stadtrat beim Thema Verkehrspolitik manchmal Konzeptlosigkeit vorgeworfen wurde. Es wurde ja ein paar Mal Kritik laut, dass man gerade bis zum Jahr 2035, wo dann die Grossprojekte realisiert werden sollen, scheinbar keine Strategie habe. Fakt ist aber, dass der Stadtrat eine solche Strategie hat; der Sprechende möchte sie Stadtrat Adrian Borgula nicht vorwegnehmen. Die Baukommission hat diese Strategie gesehen, sie sieht sehr gut aus. Damit hat der Sprechende bereits ein zweites gesagt: Der Stadtrat hat nicht nur eine Strategie, sondern er hat auch angefangen, die Baukommission näher zu informieren. Das Problem liegt ein bisschen darin, dass in dieser Kommission ja grundsätzlich nur Berichte und Anträge behandelt werden. Viele Verkehrsprobleme sind jedoch noch auf Projektniveau und liegen eben nicht als B+A vor. Aber die CVP-Fraktion begrüsst diese neue Art von Kommunikation sehr, und sie glaubt auch, dass mit der Kommunikation ein Teil der Unzufriedenheit der bürgerlichen Seite mit der Verkehrspolitik beseitigt werden kann. Darum ist es richtig, dass eine Kommission zuständig ist für alle Fragen der Stadtentwicklung. Kein Mensch aus der Fachwelt würde verstehen, wenn man Bau und Verkehr auseinandernehmen würde. Das wäre fachlich gesehen eine Katastrophe; die aktuelle Art, wie man diese Probleme angeht, deutet genau in die andere Richtung. Eine zusätzliche Kommission würde zudem das Parlament zu stark belasten. Aus diesen Gründen lehnt die CVP-Fraktion den Beschlussesantrag ab.

Nico van der Heiden: Auch die SP/JUSO-Fraktion hat Bedarf nach weiteren ständigen grossstadträtlichen Kommissionen: sie könnte sich eine Industriestrassenkommission, eine Wohnraumkommission oder auch eine Service Public für Altersheime-Kommission recht gut vorstellen. Infolge einer momentanen Unzufriedenheit mit den politischen Entscheidungen des Parlaments und vielleicht auch mit den Entscheidungen des Volks die bewährten Institutionen ändern zu wollen, scheint der Fraktion aber wenig sinnvoll. Darum verzichtet sie konsequenterweise auch auf Anträge zur Einsetzung der vom Sprechenden angedachten Kommissionen. Das System mit den bisherigen Kommissionen hat sich bewährt, und auch die stadträtliche Verkehrskommission macht nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion eine sehr gute Arbeit. In ihr sind alle Parteien vertreten. Dort wird frühzeitig informiert, und es ist dann tatsächlich Aufgabe der Parteivertreter, darauf zu schauen, dass die Informationen dorthin gelangen, wo sie hingehören. Der Sprechende hat in zwei Organisationen mit der VKL zu tun, und in beiden Organisationen klappt der Informationsfluss sehr gut. In der VKL sind auch Kantonsräte ver-

treten. Das bedeutet, dass dort Schnittstellenarbeit zwischen Kanton und Stadt möglich ist, was in einer grossstadträtlichen Kommission per Gesetz nicht möglich wäre. Roger Sonderegger hat bereits darauf hingewiesen, dass ein grosses Plus der aktuellen Organisationsstruktur in der integralen Betrachtung von Verkehrs- und Baufragen liegt. Das ist etwas, was von Experten immer wieder gefordert wird. Die Stadt Luzern ist hier schon topaktuell dabei. Die SP/JUSO-Fraktion möchte auf keinen Fall Verkehrsfragen losgelöst von Baufragen behandeln. Die wichtigen Weichenstellungen in der Verkehrspolitik wurden mit Berichten und Anträgen in der Baukommission immer seriös beraten und wurden in aller Regel auch in der stadträtlichen Verkehrskommission vorbesprochen. Die gefällten Entscheide sind somit sehr gut demokratisch legitimiert. Die Schaffung einer ständigen grossstadträtlichen Verkehrskommission würde ausser einer unglaublichen Verkomplizierung des Kommissionswesens und dieses Ratsbetriebs gar nichts bringen. Darum lehnt die SP/JUSO-Fraktion den Beschlussesantrag ab.

Christian Hochstrasser: Die Antragsteller wollen eine parlamentarische Verkehrskommission schaffen. Sie schreiben in ihrem Vorstoss eigentlich, dass es eine Trennung der Baukommission geben müsste, meinen aber, wie der Sprechende glaubt, etwas anderes: sie meinen nämlich, dass die bis jetzt beratende stadträtliche Kommission zu einer parlamentarischen Verkehrskommission würde. Aber jetzt geht es darum, dass man die Baukommission in zwei Kommissionen aufteilen würde, wovon der einen im Grunde genommen der Hochbau, der anderen der Tiefbau zugeteilt würde. Die eine hätte also den Verkehr-Teil, die andere den Nicht-Verkehr-Teil. Die Nachteile einer solchen Aufteilung wurden schon erwähnt. Der Sprechende glaubt, hinter diesem Beschlussesantrag liegt eine Fehlüberlegung. Denn welche Geschäfte kämen in eine parlamentarische Verkehrskommission? Die FDP-Fraktion möchte wohl, dass sie dann in der neu zu schaffenden Kommission zu jeder Parkplatzreduktion in dieser Stadt konsultiert würde. Aber in einer parlamentarischen Kommission werden nur diejenigen Geschäfte behandelt, die in der Kompetenz des Grossen Stadtrats liegen. Darum ist es ja eine Kommission des Grossen Stadtrats. Das heisst, wenn man eine parlamentarische Kommission schaffen würde, würden dort in aller Regel die Geschäfte behandelt – sei es in der Form eines Berichtes und Antrags oder zur Vorbereitung eines solchen –, über welche das Parlament entscheiden muss. Für die beratende Verkehrskommission, so wie sie heute existiert, ist der Stadtrat zuständig, und es ist ja auch Sache des Stadtrats, ob er eine solche einsetzt oder nicht, und nicht Sache des Grossen Stadtrats. In der heutigen Verkehrskommission sind neben den Parteien auch die Verbände dabei. So können im Rahmen von Informationen und Sondierungen diese Geschäfte ein bisschen ausgelotet werden. Die G/JG-Fraktion ist nicht der Meinung, dass einfach alles zwingend beim Alten bleiben muss und es keine Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Aber der Sprechende glaubt, dass man genau unterscheiden muss, was die heutige Baukommission oder eine allfällige zukünftige parlamentarische Verkehrskommission im Gegenzug zu einer beratenden Kommission für Aufgaben hat. Bei der beratenden Kommission gibt es auch Informationsgeschäfte, die im Kompetenzbereich des Stadtrats liegen, und bei der grossstadträtlichen Kommission werden Geschäfte vorberaten, die nachher ins Parlament kommen. Eine grossstadträtliche Kommission ist eigentlich nicht eine Konsultationsrunde zu Themen, die in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Selbstverständlich ist es

positiv, was auch Roger Sonderegger sagte, dass der Stadtrat mit der Baukommission auch immer besser über Geschäfte zu kommunizieren versucht, die nicht unbedingt in der Kompetenz des Grossen Stadtrats liegen. Aber das ist eigentlich nicht die Hauptaufgabe einer parlamentarischen Kommission. Darum glaubt der Sprechende, dass es keinen Sinn macht, diesen Beschlussesantrag anzunehmen. Die G/JG-Fraktion lehnt ihn ab, denn die Forderung, die hier schriftlich vorliegt, entspricht eigentlich gar nicht dem, was die FDP-Fraktion will.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion findet die Antwort des Stadtrats gut. Es ist richtig, die Verkehrsfragen zusammen mit Themen wie Stadtentwicklung, Umweltpolitik, Bauvorhaben, Sicherheitsfragen usw. in der Baukommission zu behandeln.
Die Aussage im Beschlussesantrag, „Die Informationen fliessen eher spärlich", entspricht nicht dem, was der Sprechende wahrnimmt. Im Gegenteil kann er bestätigen, dass in der Verkehrskommission frühzeitig und gut informiert wird. Zudem gibt es ja in jeder Baukommissionssitzung immer auch das Traktandum Varia, wo jederzeit Fragen zu Verkehrsproblemen gestellt werden können.
Mit einer zusätzlichen Kommission wären fast alle Parlamentarier in einer Kommission „versorgt", was aus Sicht der GLP-Fraktion sicher eine zeitliche Überbelastung dieses Milizparlaments wäre. Weniger ist auch in diesem Bereich mehr und besser.
Normalerweise setzt sich ja die FDP für Effizienz und Sparen ein. Mit diesem Antrag wird eher etwas aufgeblasen, und es entstehen, wie man auch in der Antwort lesen kann, eher noch mehr Kosten. Darum ist die GLP-Fraktion gegen den Beschlussesantrag.

Marcel Lingg: Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es ein eigenartiger Vorstoss: die SVP-Fraktion hat vollstes Verständnis, dass er eingereicht wurde, aber sie wird ihn trotzdem ablehnen müssen. Auch die SVP-Fraktion hat natürlich ein grosses Unbehagen gegenüber der Verkehrspolitik, wie sie zurzeit in der Stadt Luzern umgesetzt wird. Deshalb hat auch die SVP-Fraktion schon Vorstösse in dieser Sache eingereicht, z. B. den Vorstoss betreffend das Moratorium bei kurzfristig angeordneten Verkehrsmassnahmen. Dieser Vorstoss wurde aus dem gleichen Unbehagen eingereicht wie eben vermutlich auch dieser Beschlussesantrag der FDP-Fraktion. Aber trotz dieses Unbehagens scheint der SVP-Fraktion der Lösungsvorschlag, welchen die FDP-Fraktion hier ins Auge fasst, nicht zielführend zu sein. Baufragen, städtebauliche Aspekte, die Bau und Zonenordnung und eben die Verkehrsproblematik sind so eng ineinander verzahnt, dass es die parlamentarische Diskussion nicht vereinfachen, sondern erschweren würde, wenn man die Teilbereiche Städtebau und Verkehr auseinandernehmen würde und der Teil Verkehr dann in eine eigene Kommission käme. Die SVP-Fraktion betrachtet diesen Beschlussesantrag eher als einen Auftrag, und da ist die FDP-Fraktion sogar an vorderster Front, denn sie stellt immerhin das Präsidium der Baukommission. Es ist der Auftrag, in Zukunft die Baukommission vermehrt auch als parlamentarische Verkehrskommission zu nutzen und in ihr verkehrsrelevante Themen zu traktandieren. So könnte die Baukommission das Manko aufholen, das es vielleicht in den letzten Jahren gab, dass nämlich zu wenig intensiv über Verkehrsfragen diskutiert wurde, und sie würde sich wirklich zu einer Bau- und Verkehrskommission wandeln. Bezüglich der bestehenden stadträtlichen Verkehrskommission ist dem Sprechenden nicht

klar, ob die FDP-Fraktion sogar der Meinung ist, man solle diese auflösen. Da die SVP-Fraktion über diese Frage nicht diskutiert hat, vertritt der Sprechende hier seine persönliche Meinung: er findet es grundsätzlich nicht schlecht, dass neben den politischen Parteien auch andere Organisationen ein Gremium haben, in welchem sie vom Stadtrat über verkehrspolitisch aktuelle Themen informiert werden und sich dort auch eingeben können. Der Sprechende würde es also eher negativ finden, wenn man diese stadträtliche Verkehrskommission auflösen würde, die eben die Möglichkeit bietet, dass Automobilverbände, aber auch Verbände wie IG Velo oder VCS zu verkehrspolitischen Themen Informationen erhalten. Er ist dafür, dass man die Verkehrskommission weiterhin beibehält. Aber eines ist natürlich klar: Entscheidungsfunktion kann diese Verkehrskommission, welche Zusammensetzung auch immer sie aufweist, nie haben. Es ist eine Kommission, die zwar beraten und eigene Aspekte einbringen kann, aber letztlich keine Entscheidungen fällt.

Die SVP-Fraktion ist also der Meinung, dass man mit der jetzigen Kommissionszusammensetzung weiterfahren sollte. Falls sich später zeigt, dass es so wirklich nicht funktioniert, dann könnte man noch einmal darüber diskutieren. Aber in der jetzigen Situation sieht die SVP-Fraktion keinen Handlungsbedarf.

Reto Kessler ist von diesem Beschlussesantrag in mehrfacher Hinsicht betroffen: einerseits zusammen mit Daniel Wettstein als Antragsteller, dann als Mitglied der Verkehrskommission, und natürlich auch als Präsident der Baukommission. Der Vorstoss hat offenbar etwas bewegt: teilweise die Gemüter, offenbar aber auch den Sachverstand der Kolleginnen und Kollegen in diesem Rat. Worum ging es, oder was hat den Sprechenden persönlich eigentlich gestört? Als er in diesen Rat und dann in die Verkehrskommission kam, hat er nach einem Jahr Ratsarbeit gemerkt, dass Verkehrsfragen eigentlich praktisch nie behandelt werden, obwohl sie eines der grössten Probleme in der Stadt Luzern darstellen, wie sich ja aus den Bevölkerungsbefragungen zeigt, ob man nun Linke oder Rechte, Autofahrer, Velofahrer, Fussgänger oder ÖV-Benützer fragt. Es fanden zwar in den Sitzungen der stadträtlichen Verkehrskommission Informationen statt, aber diese Informationen liessen eigentlich keine politische Diskussion zu. Aber genau das müsste doch bei einem Thema, das die Stadt und ihre Bevölkerung so stark bewegt und betrifft, der Fall sein.

Der Sprechende möchte jedoch auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass sich seit dem Zeitpunkt, da er das Präsidium der Baukommission übernommen hat und auch dieser Vorstoss eingereicht wurde, auf Seiten des Stadtrats sehr viel bewegt hat. Diesbezüglich kann er also Stadtrat Adrian Borgula ein Kränzchen winden. Denn es wurde tatsächlich wahrgenommen, dass es viele Missverständnisse gibt. Man hat z. B. an der Frage gearbeitet, wo das Kommissionsgeheimnis liegt, wie viel die Kommissionsmitglieder hinaustragen dürfen, was man von Seiten der Stadt unter Information versteht und was von Seiten der Parteien. Man wird an solchen Themen auch weiter arbeiten, und man wird enger zusammenarbeiten als vorher. Trotzdem ist es eine Tatsache, dass in der Baukommission während rund zwei Jahren praktisch keine einzige Information zu Verkehrsthemen stattgefunden hat. Das hat sich in letzter

Zeit sehr stark geändert, und das begrüsst der Sprechende auch so. Aber diese Tatsache war eigentlich der Anstoss, weshalb die Antragsteller den Vorstoss eingereicht haben. Jetzt kann man jedoch positiv vermerken, dass das Problem erkannt ist.
Der Sprechende persönlich kann gut damit leben, wenn diese Themen in der Baukommission behandelt werden. Der politische Disput muss einfach irgendwo stattfinden; man muss gemeinsam Lösungen suchen, welche die Stadt Luzern weiterbringen und mit welchen alle zufrieden sind.
Der Sprechende kann es nachvollziehen, dass die anderen Fraktionen keine zusätzliche Kommission wollen. Aber irgendwo muss die Problematik behandelt werden, und es war bisher nicht gerade immer so, dass innerhalb der Verkehrskommission dann alles schon langfristig verdaut wurde. Er glaubt aber, dass man jetzt auch da eine Erkenntnis gewonnen hat und einen Schritt vorwärts machen kann.
Letztlich geht es darum, den politischen Prozess bei einem Hauptthema der Stadt zu fördern und gute Lösungen zu finden. Diese Lösungen dürfen nicht einseitig sein, sondern müssen alle Anliegen berücksichtigen. Es geht auch darum, aus einer Gesamtschau heraus zu handeln. Damit könnte man verhindern, dass kurzfristige Massnahmen, welche in der Kompetenz des Stadtrats liegen, in Tranchen umgesetzt werden müssen. Es geht um eine Gesamtschau, hinter welcher alle gemeinsam stehen können und welche die Stadt weiterbringt.
So fordert der Sprechende alle Fraktionen und auch den Stadtrat auf, miteinander Lösungen zu suchen und dabei vielleicht auch neue Wege zu gehen. Der politische Prozess muss stattfinden, damit die Probleme für die Zukunft gelöst werden können.

Christian Hochstrasser glaubt, dass es im Zusammenhang mit diesem Beschlussesantrag auch um eine Frage der Gewaltenteilung geht. Der Grosse Stadtrat verabschiedet Reglemente, z. B. das Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität. In der Baukommission und im Rat werden die strategischen Geschäfte behandelt, wie z. B. die Mobilitätsstrategie oder das Gesamtverkehrskonzept Agglomerationszentrum. Für die Umsetzung von Reglementen oder Strategien ist die Exekutive zuständig, das ist bei jedem Thema so. Eine parlamentarische Kommission ist nicht ein Gremium, in welchem man zu einem Thema ein bisschen Gedanken austauscht, sondern es ist ein Gremium, das Geschäfte vorberät, über welche nachher das Parlament einen Beschluss fasst, welchen die Exekutive und die Verwaltung umsetzen müssen. Der Sprechende versteht das Anliegen der Antragsteller, dass sie das Gefühl haben, die Verkehrsfragen kämen zu kurz. Aber es kann nicht Aufgabe einer parlamentarischen Kommission sein, das Thema Verkehr ein bisschen zu diskutieren, sondern es geht in dieser Kommission darum, die strategischen Eckpunkte festzulegen. Es kann durchaus sein, dass in letzter Zeit in der Baukommission vielleicht weniger über diese Eckpunkte diskutiert wurde, weil der Stadtrat zum Teil schon Reglemente hat, die er Schritt für Schritt umsetzt, oder weil diese Reglemente eben demnächst kommen.

UVS-Direktor Adrian Borgula bedankt sich zuerst für das Kränzchen, das er von Reto Kessler erhalten hat. Er begrüsst es, dass diese Diskussion jetzt ein bisschen in Bewegung gekommen ist, wie es Daniel Wettstein festgehalten hat. Der Stadtrat hat das Unbehagen natürlich zur

Kenntnis genommen, aber man muss unterscheiden zwischen einem Unbehagen über die städtische Mobilitätspolitik und einem Unbehagen über das Vorgehen, wie Verkehrsfragen diskutiert und behandelt werden. Daniel Wettstein hat vor allem argumentiert, die VKL genüge nicht ganz. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, ob diese Kommission geeignet ist. Vielleicht ist auch diesbezüglich das Gute der Feind des Besseren. Der Stadtrat hat ja diese Verkehrskommission eingerichtet, um frühzeitig mit allen Anspruchsgruppen im Mobilitätsbereich in Kontakt zu kommen, frühzeitig Dossiers auszutauschen, frühzeitig Impulse aufzunehmen. Das wurde in letzter Zeit wieder sehr stark betont. Im Jahr 2010 fand diesbezüglich auch einmal eine Zwischenorientierung statt, und alle Mitglieder erklärten, dass sie gemäss dieser Zielsetzung noch besser versuchen würden, die Informationen in ihre Verbände hinauszutragen. Die Grösse des Gremiums kann man kritisieren, und mehr Zeit wäre bei Diskussionen um Fragen der Mobilität immer gut, aber eine Milizorganisation hat da natürlich auch ihre Grenzen. Punkto Vertraulichkeit der Sitzungen gibt es eigentlich keinen Unterschied zwischen einer parlamentarischen und einer stadträtlichen Kommission. Da aber der Zweck der stadträtlichen Verkehrskommission wirklich darin besteht, dass diese Informationen zu den beteiligten Organisationen und Anspruchsgruppen gelangen, wird der Stadtrat die Verordnung in diesem Punkt noch ändern. Die Vertraulichkeit würde dann nur gelten, wenn dies explizit so deklariert wird.
Der Stadtrat begrüsst natürlich eine vertiefte Auseinandersetzung des Parlaments mit den Fragen der Mobilität. Er hat auch realisiert, dass seine Botschaften manchmal nicht angekommen sind, was aber nicht zwingend immer nur am Absender liegen muss. Der Stadtrat diskutiert mit dem Parlament viel im Zusammenhang mit Vorstössen; das ist eines der ganz wichtigen Elemente, um sich auszutauschen. Er will auch vermehrt einen frühzeitigen Einbezug der Baukommission. Einer der Vorteile gegenüber einer Spezialkommission liegt ja auch darin, dass man in einer ständigen Kommission unter Varia immer wieder Themen aufgreifen und die Entwicklungen aufzeigen kann, welche in der Zwischenzeit stattfanden oder geplant sind. Ausserdem besteht die Möglichkeit, dass die Präsidentinnen und Präsidenten der parlamentarischen Kommissionen dem Stadtrat mitteilen, worüber sie informiert werden möchten. Der Stadtrat wird solche Fragen immer beantworten.
Der Stadtrat gibt der heutigen Organisation den Vorzug, weil die Mobilitätsfragen, wie verschiedene Redner gesagt haben, in engem Zusammenhang zur Stadtentwicklung und zur Umwelt- und Energiepolitik stehen. Deshalb ist die Baukommission das zweckmässige Gremium. Aber letztlich ist es die Entscheidung des Parlaments, wie es die Vorlagen diskutieren will. Der Sprechende hat aber aus diesem Beschlussesantrag nicht herausgelesen, dass die Alternative darin bestehen würde, die VKL aufzulösen. Das steht nicht in diesem Vorstoss. In der Begründung wurde jetzt einfach relativ viel über die VKL gesprochen. Der Stadtrat ist auch offen für die Schaffung einer Spezialkommission, wenn das Parlament dieses Anliegen äussert, aber der Vorteil einer ständigen Kommission liegt ja eben darin, dass man kontinuierlich über den gegenwärtigen Stand informieren und auch immer wieder Fragen entgegennehmen kann. Sollte jedoch das Parlament eine Spezialkommission schaffen wollen, z. B. zu einem konkreten, grossen Projekt, dann ist der Stadtrat diesbezüglich offen.

Das Ziel des Stadtrats ist auch eine Versachlichung der Diskussion. Die Volksabstimmungen (Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, Energiereglement) und verschiedene Planungspapiere (Agglomerationsprogramm, ÖV-Bericht, kantonaler Richtplan) bilden den Rahmen, in welchem der Stadtrat sein Konzept erarbeitet. Schon bald wird man im Grossen Stadtrat den Bericht zur Mobilitätsstrategie diskutieren können. Der Austausch und die Diskussion zwischen Stadtrat und Parlament finden also statt. In diesem Sinn dankt der Sprechende, wenn das Parlament der Empfehlung des Stadtrats folgt, den Beschlussesantrag abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Beschlussesantrag 111 ab.

Ratspräsident Thomas Gmür gratuliert doch den beiden Antragstellern, weil sie als Erste von der Möglichkeit Gebrauch machten, einen solchen Beschlussesantrag zu stellen. Sie gehen damit in die Geschichte ein.

Ratspräsident Thomas Gmür: Die nächste Ratssitzung findet am 19. Dezember statt, sie beginnt am Morgen um 8.00 Uhr. Es wird ein strenger Tag werden; hauptsächlich geht es um die HAS. Der Sprechende bittet, alle Anträge und Protokollbemerkungen vorgängig der Stadtkanzlei und den anderen Fraktionen zuzustellen.
Für jene, die heute zum Apéro der Tourismus AG kommen können, geht es um 18.30 Uhr weiter. Der Sprechende wünscht allen einen schönen Abend und einen guten Adventsbeginn.

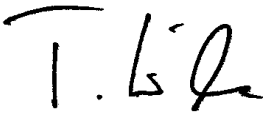
Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr

Luzern, 30. Dezember 2013

Der Protokollführer:

Franz Lienhard

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber